

# Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst (sowie der Frauen- und Jugendzeitung) einschließlich Postgebühren monatlich 80 Pf. Ausland die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedienten: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6 Spaltenzeitung mit 35 Pf. berechnet, bei besonderer Überbetonung wird Rabatt gewährt. Berechnungszeit 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 9.

Dresden, Donnerstag den 13. Januar 1910.

21. Jahrg.

## Der Terrorismus des Staates.

Der Reichstag beriet am Mittwoch die Interpellationen des Zentrums und der Polen über die Rottowitzer Maßregelungen.

Bekanntlich gilt in Preußen-Deutschland die wirkliche oder angebliche Einflußnahme eines Privatmannes auf die Abstimmung eines Gesetzes oder die Abstimmung eines Gesetzes als „schamloser Terrorismus“, die Strafverfolgung von Beamten aber oder der Hinshawung von Arbeitern wegen ihrer Abstimmung als „Veltentmachung gottgewollter Realitäten“, wie Bismarck sich so schön ausdrücken pflegte. Wenn irgendwas, so blüht in Ober-Oesterreich das Maßregelungsregime. An der oberen Oder hat der Feudalismus nicht weniger schlimme Organe gefeiert als in den Ostseeländern und nirgendwo hatte er für den sich breitmachenden Kapitalismus so ungepörrte Volkswaffen geschaffen als oben dort. Schließen im allgemeinen und Ober-Oesterreich im besonderen ist geradezu typisch für die Verpuppung von Feudalismus und Kapitalismus, wie noch heute in der „Schlesischen Wälder“ Wilhelm Wolff, des Freundes der Karl Marx, nachzulesen von Nutzen ist. Sprachverwirrung und konfessioneller Haß durchkreuzen und verschärfen nun noch die sozialen Gegensätze, die der Feudalismus gegen den Kapitalismus verleiht. Bei den juristischen Schwelgereißen, mit denen die sozialdemokratische Agitation noch zu kämpfen hat, kann es nicht wundernehmen, daß dort eine chauvinistische nationale Partei mit sozialen Wurzeln wie die Polen der Rottowitzer Richtung sich schickte. Das Zentrum, das hier früher keine Tomäne hatte, sah sich fast in den Hintergrund gedrängt und mußte sich, um nicht ganz gerettet zu werden, zum Wahlbündnis mit den erst zu wählenden polnischen Polen verstehen. Im kommunistischen Wahlkampf von Rottowitz haben nun katholische Reichsbeamte von ihrem staatsbürgerlichen Recht Gebrauch gemacht und gegenüber dem Kandidaten der liberal verummten Kapitalisten-gruppe für die polnisch-serbischen Kompromißkandidaten gestimmt.

Nichts liegt uns ferner, als für die polnisch-serbische Gesellschaft ins Zeug legen zu wollen, die die Verantwortung an dem großen Staatsverbrechen des vergangenen Sommers trägt. Daß der Interpellationsführer des Zentrums, Graf Oppersdorf, sich höchlich über einen Gymnasiallehrer ereiferte, der es gewagt hatte, in einer Parteiverammlung neben einem leidenschaftlichen Sozialdemokraten auf dem Podium zu sitzen, zeigt mit hinlänglicher Deutlichkeit, was es mit der Würde des Zentrumsführers der staatsbürgerliche Beamtenfreiheit auf sich hat. Immerhin fanden Graf Oppersdorf und der Pole Korzantz scharfe und bisweilen gute Worte und schritten bedeutend besser ab als der die Interpellation beantwortende Staatssekretär Delbrück, der Schatzmacher auf dem Stuhle Poladomsky, der das Maßregelungsrecht als ein Kleinod deutscher Reichsherrschaft in Anspruch nahm. Die Rede Delbrücks, der im Laufe der Debatte noch eine zweite ähnliche Rede folgte, erreichte wahre Stürme von Lachen, Pfiffen und Widerspruch. Nicht besser als Herr Delbrück schritt Herr Kraetzke ab. Nach Herrn Kraetzke sind die betroffenen Beamten eigentlich belohnt worden, da man sie vom unpopulären Rottowitz nach Wäldern angenehmer Orten verlegt hat.

In der Beurteilung der Interpellation ergreift zunächst im Widerspruch mit allen früheren Vorgehensweisen des Hauses das Mitglied einer Interpellierenden Partei, Herr Gröber, das Wort. In einer Wirtschaftsdiskussionsdebatte am Schluß der Sitzung wurde dieses Verhalten vom Genossen Singer, dem sich mehrere liberale Redner anschlossen, scharf gerügt. Die Rede Gröbers war eine in ihrer Art vorzügliche Anklage gegen die Eingriffe der Behörden in die Wohlfahrt der Beamten. Was natürlich das Zentrum nicht überließ, gelegentlich und nicht gar selten nach Maßregelung sozialdemokratisch wählender Beamten zu rufen. Eine unerschütterliche Haltung ergriff die Nationalliberalen. Die Vororgane ängstlicher Demütiger, daß die Nationalliberalen mit Automobildisziplin nach links eilen, wird dadurch hoffentlich beirrt. Daß der konservativ Herr Henning gegen Beamtenmaßregelungen nicht einzuwenden hat, versteht sich am Ende. Da wir aber in der Zeit des Schnapsbrotlebens, so büete sich der bürgerliche Wohlstand der Junkerpartei sehr wohl, das liebe Zentrum irgendwie hat anzugreifen. Ueberhaupt darf man nicht glauben, daß die Rottowitzer Meinungsverschiedenheiten Heilige und Ritter auf längere Zeit einander entfremden werden. Edle Seelen finden sich immer. Die Vertagung der Maßregelungen wird in der Donnerstagssitzung festgestellt werden.

## Kolonialdebatten.

Die Kolonialdebatten legen in diesem Jahre die Verhandlungen in der Budgetkommission des Reichstages ein. Begonnen wird mit der Beratung des Nachtragsetzes für 1909. Es handelt sich dabei um Geldforderungen für Eisenbahnbauten in Ostafrika und in Südwestafrika. Von der Beratung der Eisenbahnbauten sind eingehende Gutachten über die Befriedelungswahlverfahren, den Baumwollbau, die Diamantengewinnung und Fragen der Selbstverwaltung der Schutzgebiete nicht zu trennen. Ueber die Diamantengewinnung ist am Dienstagabend eine Textschrift verteilt worden. Die Kommission lehnte dabei ab, darüber schon zu berichten. Ueber die Baumwollfrage mit Tansania noch nicht verhandelt, weil er sich dazu noch vorbereiten muß.

Die Kommission behält sich über die Fortführung der Uambara von Ostafrika bis Ostafrika (Schweizer) zu verhandeln. Die Kosten sind auf 12 1/2 Millionen Mark veranschlagt. Die Firma Kuni u. Co. baut schon tüchtig an der Uvira, die jetzt erst vom Reichstag

genehmigt werden soll. Der Fortweg arbeitet sie auf eigene Rechnung und Gefahr. Die Zustimmung des Reichstages ist allerdings sicher. Die Mehrheit der Budgetkommission hat sich schon im Vorjahr so gut wie festgelegt. Keiner für solche Sachen ist Herr Senker, trotzdem er an kolonialen Unternehmungen nicht uninteressiert ist. Ihm kann gar nicht Geld genug in die Kolonien hineingehört werden. Er begann denn auch seine Ausführungen sofort mit einer Klage darüber, daß die Bahn nicht gleich bis Kruchi fortgeführt werden soll. Der Reichs-parlamentarier Krenndt und der Nationalliberaler Arning traten in dasleibe Horn. Sie möchten nicht nur die Bahn recht weit fortführen, sondern auch in Tanga große Eisenarbeiten ausführen lassen.

Von mehreren Rednern wurde Tansania daran erinnert, daß er in der Frage der Befriedelung der Uambaragebiete im Laufe eines Jahres eine totale Schwächung vorgenommen hat. Für die Befriedelung mit Weizen, die ihm früher nicht unbedeutend erschien, legt er sich jetzt ins Zeug, nachdem Unterstaatssekretär v. Vindequitt jene Gebiete bereits hat.

Der Staatssekretär Heße leitete seinen Ausführungen die prinzipielle Erklärung voraus, daß bei allen Projekten für die Kolonien die Rücksicht auf die Finanzen des Reiches im Vordergrund des Interesses stehen müsse. Die Reichsfinanzen gelitten aber nicht, weil die Kolonialprojekte die bedeutsame Opfer fordern, jetzt zu beschließen. Nach dem die Rücksicht für die Kolonien recht beträchtlich. Dazu sind 300 Millionen für Eisenbahnen zu veranschlagen und in Ostafrika noch mehr. Die Befriedelung der deutschen Schutzgebiete für Kolonialzwecke noch recht hoch ist. Daß er in der Befriedelungsfrage eine Erwählung vorgenommen hat, bezeugt Tansania. Er habe sich nie gegen die Befriedelung ausgesprochen, sondern nur betont, daß jeder auf eigenes Risiko hinausgeht. Letztes mit 15 000 M. Kapital sind in Ostafrika noch Kleinrenten. Mit weniger Geld sei kaum vorwärts zu kommen. Auf das Risiko, das jeder Anstehler sich auferlegt, sei auch jetzt noch hinzuweisen. Der Unternehmungsgeist und Geld habe, möge hinausgehen, wiewohl die Sache nicht ungelöstlich ist.

Bei dem Ausbau des Hafens von Tanga sei vorzüglich zu verfahren. Einmal werden jetzt erst ungefähr 2000 Tonnen Eisen verfahren, also ein kleines Quantum. Ein großer Ausbau, wie er gewünscht werde, würde 10 Millionen Mark kosten. Geplant sind Ausgaben in Höhe von 1 1/2 Millionen Mark für Hafenausbau.

Unterstaatssekretär v. Vindequitt berichtete sodann eingehend über die Erfahrungen, die er auf seiner ostafrikanischen Reise gesammelt hat. Er sah zuerst noch wenig bekannte Gebiete und will an der Heranzugung gelangt sein, daß viele Schutzgebiete zur Befriedelung mit Weizen gelangt sind. Es soll Holzgüter und Viehbesitz in diesen Gebieten zum Erfolg garantieren; in anderen Gebieten soll Kaffee- und Baumwollbau zu bauen sein. Die lange Rede war eine ganz hübsche Reisebeschreibung, bei der über bedeutende Dinge vorzüglich hinweggegangen wurde. Es fehlte keineswegs fehl, daß die zur Befriedelung vorgehenden Gebiete von Weizen ohne schwere gesundheitliche Gefahren benutzt werden können, es droht die Gefahr der Minderwertigkeit der Viehzüchter, und die Zeit erlege, der jurchbare Feind der Kinder, ist auch hellenreife gefunden worden. — Dienstag werden die Debatten fortgesetzt.

## Vor den finnischen Landtagswahlen.

Aus Finnland wird uns geschrieben: Die politische Lage und die Parteienverhältnisse in Finnland bieten namentlich jetzt, am Vorabend der Landtagswahlen, viel Lehrreiches. Die Maßnahmen der russischen Regierung, die zielbewusst auf die Vernichtung der finnischen Freiheiten hinabzielen, die über die Verwaltungsbefugnisse, den Senat, mit ihren Kreaturen überlegt hat und das Land mit Militär und Polizeispitzen überflutet, rufen bei der Bevölkerung naturgemäß nur Unwillen hervor. Aber zu einer festen und zielbewußten Opposition verbindet sich dieser Unwille zunächst nur bei der Arbeiterklasse. Die Bourgeoisie, die sich vor 1905 wenigstens zu dem waffen Widerstand aufgestellt und um ihre Profitsinteressen so beorgt, daß sie sich weiter als bis zu gelegentlichen, papiernen Protesten kaum aufschwingen wird. Die Rechtsanwälte haben allerdings einen kleinen Feldzug gegen die völlig ungeliebliche Einführung der russischen Stempelsteuererleichterung in Finnland unternommen. Sie fordern das Volk auf, diese ungeliebliche Stempelsteuer nicht zu bezahlen. Dagegen klagten aber die Alkoholkapitalisten bei dem Ausschuss gegen eine vom Landtage angenommenen neuen Arbeiter-schutzgesetz eine Empfehlung mit auf den Weg geben, die keine Nichtbefriedigung in Petersburg zur Folge haben würde.

Die dritte Volksvertretung wurde befallig aufgelöst, weil sie sich gegen die vom Jaren auferlegte Militärkontribution auszusprechen wagte. Seitdem hat die Begehrtheit gegen die Millionenforderung merklich abgenommen. Sowohl die „Schwedische Volkspartei“ — ohne Volk — wie auch die „Jungfinnen“ — ohne jugendlichen Mut — Ährens sich nur noch dahin, daß man sich nur gegen die Form, wie die Kontribution auferlegt wurde, aussprechen müsse, aber die Millionen selbst, sobald sie auf geleglichem Wege gefordert würden, wohl bewilligen könne. Nur ganz vereinzelte Stimmen in der bürgerlichen Presse sprechen sich jetzt noch gegen jene derartige Forderung aus. Die reaktionären „Suometariener“ dagegen suchen eifrig nachzuweisen, daß die Finnen mit ihrer Militärkontribution eigentlich zu begünstigten seien, da letzten ein Volk mit dem Militarismus so billig davon käme! Bei ihnen handelt es sich momentan darum, ob

es ihrerseits nicht richtiger gewesen wäre, im Senat auszu-barren und nicht zurückzutreten. Sie scheinen zu der Gewißheit gekommen zu sein, daß es ein Akt der „politischen Klugheit“ sein würde, wenn sie jede passende Gelegenheit aus-nutzten, um wieder in den Senat zu gelangen. Ihre Be-kenntnisse gipfeln darin, daß die Gesetze Finnlands jetzt nicht nach dem Buchstaben des Gesetzes geltend werden können, und daß man die realen Verhältnisse als bestimmend im Auge be-halten müsse. Mit anderen Worten: Da unsere Verfassung russischerseits nicht beachtet wird, und wir ihr mit unserer Kraft nicht Wahrung verschaffen können, so bleibt uns nur ein Weg übrig — der Weg der Willkürigkeit und Eigenmacht —, um den starken Gegner durch machtlose Opposition nicht noch mehr zu reizen! Fürwahr, eine armselige Politik, aber sie ist der rückgriffslosen Bourgeoisie mehr oder weniger überliefert zu eigen! Und die Suometariener stehen durchaus nicht allein. Auch die Schweden und Jungfinnen bekennen sich in steigendem Maße zu dieser würdevollen feigen Politik. Nur die Partei der Kleinbauern noch nicht. Sie ist für den Kampf gegen die Reaktion im gewissen Sinne noch zu haben. Aber sie ist zu klein, um etwas zu bedeuten. Offen-bar wird sie aber in den bevorstehenden Wahlen von den großen bürgerlichen Parteien obermal größeren Stimmen-zuwachs erhalten.

Die großen bürgerlichen Parteien befinden sich gegen-wärtig in einem Zerlegungsprozess. In allen diesen Parteien macht sich eine Spaltung bemerkbar. Sowohl die brutale Ge-waltspolitik gegen ihre verfassungsmäßigen Rechte, wie auch die wachsende Bedeutung des Proletariats zwingt sie dazu. Die ehemaligen Konstitutionalisten haben einen Frontwechsel vornehmen müssen, indem sie sich für den inneren oder für den äußeren Feind erklärten. Gegen den einen mußten sie die Hilfe des anderen in Anspruch nehmen. Vielleicht ist die endgültige Form noch nicht gefunden, in welcher Weise sie sich verkaufen werden. Doch sie aber gefunden wird, steht außer Zweifel. Das beweist schon die einfache Tatsache, daß die Bour-geoisie geschlossen nur an den Kampf gegen die So-zialdemokratie denkt. Zwar ist der Wahlkampf, ab-gesehen die Wahlen bereits am 1. Februar stattfinden, noch nicht völlig entbrannt, aber es steht außer Frage, daß es haupt-sächlich heißen wird: Die Proletariat, die Bour-geoisie!

## Liberaler Blockschmelze.

Man schreibt uns aus Bayern: Während die bürgerliche Linke im Reich wegen des großen Triumphes der Verschmelzung sich nicht genug be-wundern kann und schon ohnedies hofft, daß die nunmehr größt-gerahmte Masse auf Grund eines politisch gewordenen physischen Gesetzes größere Anziehungskraft auf die Nationalliberalen und die Wähler haben möchte, ist in Bayern die Probe auf das Exempel bereits erledigt: der alte liberalen Farben umfassende und in allen liberalen Farben schillernde Block ist nebst seinem Nürnberger Programmpapier geräuch-voll in die Brüche gegangen. Was im Reich das schneidende Endspiel ausführender Justizpolitiker ist, hat Bayern jetzt geräumter Zeit gehabt: den liberalen Block. Und dieser Block ist gesunken. Die Blockschmelze vollzieht sich unter dem dröhnenden Niederrollen mächtiger Erklärungs-, Protest- und Beschlußklammen.

Es ist das Los des deutschen Liberalismus, daß alles ihm zum Unheil ausschlägt. Ob er sich verdammt oder zer-schüttelt, immer wird er weniger und ärmer. Er vermindert sich durch Zerteilung und scheitert sich durch Paarung. Weil ihm die demokratische Lebenskraft fehlt, wird er durch jeden Verjüngungsversuch nur immer schwächer. Alle Operationen, Gründungen, Abänderungen und Erneuerungen des deut-schen Liberalismus sind nur die künstlich erweckten Abenteuer von Greisen, die an solchem Kräfteaufschwung zusammen-brechen.

Die Nationalliberalen haben dieser Lage, wie schon kurz berichtet, den liberalen Block gefündigt; scharf und bitter. Seit Monaten bestand die Tätigkeit des vereinigten Liberalismus bereits ausschließlich in höchst persönlich gefärbten Reibereien zwischen den höchst unbeträchtlichen Führern; der entsetzte Liberalismus hat keine Persönlichkeiten mehr aufzuweisen, und man vergesse nicht, daß der eine Liberale Müller-Reinigen Bayer ist und kein durch sich selbst die Kraft hat, eine ganze Partei um den Ernst zu bringen. Kritisch wurde die Lage, als die bisher getreue Gefolgschaft der Liberalen, die Lehner, sich gegen den Vorherrscher des liberalen Blocks, den Vizebürgermeister Oberbürgermeister Gassmann, wandten, weil er als Oberbürgermeister den Lehren ver-weiderte, was er als Landtagsabgeordneter ihnen verbrochen hatte. Weil es sich um Gehaltsfragen handelte, schämte der bewährte deutsche Idealismus fast revolutionär. Der Libe-ralismus hat ja auch die Schufe und die Lehner verbrochen, und man mag es vielleicht als ein kleines günstiges Zeichen be-trachten, daß gerade jetzt aus der Masse der radikal-libe-ralen Gehaltslehrer eine nicht unbedeutende Gruppe von sozialpolitisch tätigen Lehren ausfindet, die es als ihre Lebensaufgabe betrachtet, dahin zu wirken, daß die Volkskluge

Deutsches Reich.

Verordnungen zum Nutzen der Fleischwucherer.

Ueber den Stand der deutsch-amerikanischen Zollverhandlungen wird aus New York berichtet: Washingtoner Meldungen zufolge sind die Zollverhandlungen mit den Vereinigten Staaten...

Der V. K. will von autarkischer Seite erfahren haben, daß die Reichsverwaltung keineswegs geneigt sei, die Angelegenheit tragisch zu nehmen. Es sei eine Frage weiterer Verhandlungen, ob die Vereinigten Staaten Garantien zu bieten vermöchten...

Das ist natürlich nichts anderes als Vorpiegelung solcher Tatsachen. In Wahrheit nimmt die Reichsverwaltung nur Rücksicht auf die Erbitterung, mit der die agrarische Presse den Verhandlungen gegen Erleichterungen der Einfuhr amerikanischer Fleischerei...

Die Lex Henle.

Das Präsidium, der geschäftsführende Ausschuss der deutschen Bürgervereine, hat den Antrag gestellt, die Geschäftsordnung zu veröffentlichen. Die bisherige Geschäftsordnung hatte als Zielplanmäßigkeit des Vorgehens...

Der reichsländische Konflikt.

Ueber den Bruchwechsel des Statthalters Grafen Bede I mit den Bischöfen Frigen und Benzler verbreitet W. L. v. folgendes aus Straßburg: Gegenüber verlässlichen Zeitungsberichten wird festgestellt, daß eine Billigung der Veröffentlichung des...

Die Schnapfabriksteuer.

In der bairischen Kammer begann am Mittwoch die mehrstündige Debatte über die Reichsfinanzreform bei dem Etat des Ministers des Reichens. Der Zentrumswahlkreissprecher der Reichsfinanzreform, währum die Verhältnisse der bairischen Regierung und erklärte, daß diese bei der...

Die Prellerei des Volkes.

Wie dem Fortschritt berichtet wird, seit einiger Zeit von einem unerwarteten Mißgeschick verfolgt. Vor einigen Monaten verstarb plötzlich der Schauspieler Ludwig und wurde als Leiche wiedergefunden. Aus unbekannten Gründen soll er sich...

Eine fromme Zeitungsbegehrtheit.

Wie die Köln. Zig. mitteilt, ist in der katholischen Kirche zu Dorel bei Reutheim in Obersachsen ein 90 zu 100 Zentimeter großes Plakat angebracht, auf dem folgendes zu lesen steht: Rein gutes Katholisch duldet in seiner Familie...

und zur Zeitungsbegehrtheit. Verlässliche Zeitungen sind u. a. folgende: 1. Oberdeutsche Zeitung, 2. Oberdeutsche Wochenschrift, 3. General-Anzeiger für Posen und Schlesien, 4. Breslauer General-Anzeiger...

Der Zentrumskongress des Reichstags legte am Mittwoch den Plan für die Erledigung der Geschäfte bis Ostern fest, besonders die rechtzeitige Fertigstellung des Etats. Man will den Versuch mit der Kontingenzierung der Staatsberatung machen...

Die Novelle zum preussischen Gerichtsverfassungsgesetz, die als eine Folge des Gerichtsverfassungsgesetzes für das Reich und der Novelle zur Zivilprozessordnung ausgearbeitet wurde, soll bereits dem Staatsministerium vorgelegt haben...

Wahlkreis-Gemeinderäte. Für die Reichstagswahl im Wahlkreis Rhein-Gummersbach werden die Voten eines eigenen Kandidaten aufstellen. In einigen bezüglichen Orten ist die Kandidation unzerstörten Genossen mit unmittelbarer Lebensgefahr verbunden...

Wegen der Erhöhung der französischen Zölle auf Spielwaren hatten die bairische Landtagsabgeordnete Vorderlein und Terefer Brack-Rürnberg eine Unterredung mit dem bairischen Ministerpräsidenten u. Bodewitz, der versichert, die Regierung werde alles aufbieten, um die der Industrie drohende schwere Gefahr abzuwenden...

Waffen und Mörder. Das Bündnis zwischen den Waffen und dem Tode der Landwirte in der Provinz Hannover soll, wie das Niedersächsische Wochenblatt schreibt, für die nächsten Reichstagswahlen nun perfekt sein. Es ist gut, so bemerkt dazu das Blatt, daß diese Waffenbesitzer fröhlich genug bekannt geworden ist...

Reaktion vor einer „Reaktion“. Der erste sozialdemokratische Gemeinderat der Stadt Reichenberg im Bezirk des Bezugsamts Reichenberg ist im Dorfe Gassenberg gewählt worden.

Korant, der „Korantier“. Auf eine Verwahrung des Abg. Korant gegen die Behauptung, daß er Besitzer von Rittergütern in Ostpreußen in Ostpreußen sei usw., erwidert die Kammer Korant, daß er ein erbliches Mitglied sei, und daß die Korant seine Verleugung an der Kammer (Korant) in Abrede stellen will...

Dementierte Jahreserträge. Nach einer Petersburger Meldung soll sich der Satz in mäßigender Form über die Beschleunigung der russischen Staatsbankrott in Berlin geändert haben. Wie die Nationalzeitung erzählt, ist diese Meldung an Stellen, die darüber unterrichtet sein müßten, völlig unbeliebig.

Die deutsche Auswanderung im Jahre 1900. Die jetzt vorliegenden Zahlen lassen erkennen, daß der im Jahre 1900 eingetretene Rückgang inzwischen zum Stillstand gekommen ist. Denn die bezugnehmende Zahl übersteigt mit rund 25 000 Auswanderern das Jahr 1900 um etwa 5000.

Wiele politische Kandidaten. Der südbayerische Kreis Lafer Durgberst, ein Bezirk aus dem Bann, spendete hunderttausend Kronen für die Familien der Karamel-Kocherzähler, die infolge der ihnen gemachten Prozesse in Rot geraten sind. Ein in Lissa von verbreitetem Gerücht, daß auch in die auswärtige Presse überging, wolle wissen, daß ein im September vorigen Jahres begangener großer Patronenendstahl die Polizei auf die Spur eines anarcho-sozialistischen, gegen die Regierung gerichteten Anschlages geführt hätten...

Das ganze Reich. Die Reichsregierung hat am 1. Oktober 1900 die Reichsfinanzreform beschlossen. Die Reichsfinanzreform ist ein wichtiges Ereignis in der Geschichte des Reiches. Sie soll die Finanzen des Reiches in Ordnung bringen und die Steuerlast auf eine gerechtere Weise verteilen. Die Reichsfinanzreform ist ein wichtiger Schritt zur Modernisierung des Reiches und zur Stärkung der Reichsregierung.

Wunder mit langlichem totalen Ernährungszustand empfängt und daß sie auf dieser Grundlage die Schüler für den Lebenskampf geistig aufrichtet.

Verzerrt legte Cosselmann seinen Vorschlag nieder. Im Dezember kam es zu allerlei Ausgleichen, die — nach offiziellen Berichten gelangen. Aber es war verächtlich, daß die Demission Cosselmanns einfach zur Kenntnis genommen wurde...

Es ist zu vermuten, daß man auch das Nürnberger Blutprogramm reichlich ist. Aber das ist völlig gleichgültig. Jenes Programm kennen überhaupt nur politische Kreise, und der Bloß beruhte auf allem anderen eher denn auf einem Programm. Der einzige zutreffende Programmpunkt war: das Mandat. Die Rücksicht auf die Mandate hatte den Bloß...

Durch die Einigung ist der Liberalismus ruiniert worden. In ihm suchten die Elemente Unterschlupf, die in keinem europäischen Sinne liberal sind, nicht einmal nationalliberal, sondern einfach borniert konservativ. Man bedenke, daß Oberhäusler wie der feudal-großkapitalistische Stürmer wider die Steuerreform, Herr v. Tuer, liberal sind. Liberal sind besonders unsere schornacherischen Großindustriellen, die Augsburger Häupter von gelben Gewerkschaften, die Befürworter des Sozialistenscheit, und sie alle schielen obendrein begierig nach Treiben, wobei die Rettung gegen den demokratischen Eiden erwartet. Das sind die Nationalliberalen, die jetzt den Bloß gefährten haben...

Eine Selbstbestimmung aus liberale und sozial gestimmte Auffassungen ging von den Nationalliberalen aus. Jetzt hatten sich diese Unzufriedenen um die Jungliberalen gruppiert. Sie treiben bisweilen ganz ordentliche Politik, und es ehrt sie, daß sie die Unzufriedenen jetzt von ihnen abenden und schließlich ins Lager der Nationalliberalen übergehen. Darum diese so lächerliche Freundschaft aufgelöst, darüber ergeben sich die bedrängten Freisinnigen in schwarzen Vermutungen. Man behauptet, daß die Nationalliberalen allein den Reim von der Volkstimung gegen den Schnapbloß abschöpfen wollen und die Teilnahme der Freisinnigen, Demokraten usw. an dem Erfolg nicht gönnen wollen. So häßlich sie besonders den neuen Bauernbund, diese Hansgründung...

Inoffen stimmt das Vorgehen auch der bairischen Nationalliberalen wohl aus anderen Motiven. Die reaktionären Profanationen und Profanationen der Nationalliberalen sind zu übereinstimmend, als daß man nicht an einen gemeinsamen germanischen Parteiplan glauben möchte. Die Reichsregierung wie die preussische fürchtet sich mehr, wie sie furchtlos jetzt vor dem Gedanken eines Großbloß nach bairischem Muster. Um diese Möglichkeit im Reime zu zerstören, gefallen sich jetzt nationalliberale Führer — man denke an Schmieding — in reaktionären Kundgebungen, die das Prekariat abschrecken sollen, jemals an ein gemeinsames Vorgehen zu denken. So ist auch die Kriegserklärung der bairischen Nationalliberalen gegen die Jungliberalen aus dem Unmut über die radikalen Gebärden der Jungen zu verstehen.

Aber gerade deshalb könnte ein wirksamer, hindernisfähiger Liberalismus nur freie Bahn gewinnen. Nichts ist natürlicher in Bayern, als daß die Sozialdemokratie — bei dem relativen Mehrheitsverhältnis des Wahlrechts — mit den Liberalen sich gegen die Zentrumsherrschaft verbündet. Das war bisher unmöglich. Mit dem liberalen Bloß gab es keine Verständigung. Der gereinigte Liberalismus könnte ein Bundesgenosse werden, wenn er — wirklich gereinigt ist. Auch der Deutsche könnte schließlich endlich so etwas wie demokratische Sehnsucht bekommen. . . .

Orthodoxen... die Reichsregierung... das ganze Reich... die Reichsfinanzreform... die Reichsregierung hat am 1. Oktober 1900 die Reichsfinanzreform beschlossen. Die Reichsfinanzreform ist ein wichtiges Ereignis in der Geschichte des Reiches. Sie soll die Finanzen des Reiches in Ordnung bringen und die Steuerlast auf eine gerechtere Weise verteilen. Die Reichsfinanzreform ist ein wichtiger Schritt zur Modernisierung des Reiches und zur Stärkung der Reichsregierung.

# Ausland.

## Portogal.

### Wahlkampf.

**Lissabon, 11. Januar.** Mit dem Aufbruch des neuen Jahres hat die Wahlkampfzeit in Portugal begonnen. Die Wahlkampfzeit ist die Wahlkampfzeit, die schon seit der Verabschiedung der Wahlen (Mitte November) vorhanden ist, in ein aktives Stadium. Das jetzige radikale Kabinett muss sich bemühen, das eine empfindliche Wahlminderlage zu überwinden, und es wird die Wahlkampfzeit, den Wahlkampfzeit entsprechend dem Wahlergebnis sofort eintreten zu lassen, nicht angemessen, sein. Demissionen sind vor dem Aufbruch des Jahres einzureichen. Der Ministerpräsident Kabinett hat mehrfach erklärt, daß sein Kabinett kein Mandat in die Hände des Staatschefs zurücklegen werde. Dies wird also in den nächsten Tagen geschehen, und es wird die Aufgabe der neuen Majorität des Staatschefs, der konstitutionellen Partei und der Gruppe der gemäßigten (sober sogenannten „Freisinnigen“), Einken sein, die Männer zu bezeichnen, die sich zu Mitgliedern des neu zu bildenden Kabinetts eignen.

## Frankreich.

**Paris, 12. Januar.** In der Deputiertenkammer wurde über eine sozialistische Interpellation beraten, in der die Regierung gefragt wird, was sie bei den Wahlen von 1910 zur Sicherung der Anwendung des Gesetzes über den Schutz der Wahlberechtigten zu tun beabsichtigt. Der Ministerpräsident erwiderte, die anerkannte Frage könne nach der Entscheidung des Allererhöchsten auf der Tagesordnung stehen. Als darauf mehrere Tagesordnungen eingebracht wurden, erklärte er, er könne nur die einzige Tagesordnung annehmen. Die Kammer nahm darauf eine Tagesordnung an, in der die Regierung das Vertrauen und die Billigung ihrer Erklärungen ausgesprochen wurden.

## Türkei.

### Das neue türkische Kabinett.

**Konstantinopel, 12. Januar.** Nach den letzten Verhandlungen haben die neu gebildeten Kabinett-Mitglieder das Oberbaureiservisit, der jüngst die Deputierten Kammer des Unterbaureiservisit, und der Generalkonferenz des Eisenbahnenministeriums übernommen. In dem neuen Kabinett befinden sich acht Jungtürken.

### Konstantinopel, 12. Januar.

Das armenische Patriarchat erhielt aus Moskau in Armenien die Mitteilung, daß dort sieben eingetragene armenische Truppenabteilungen in Armenien eine Kavallerie im Ort einziehen und die Armenier auf die Straße gedrückt und deren Häuser als Quartiere in Beschlag genommen haben, obwohl einem Geleite des Sultanen Nachzug folge den Truppen verboten ist, das Armenien östlich der Ararat zu betreten. Die Bevölkerung von Moskau erklärt, sie sei nicht und ländlich zur Unterstützung gezwungen, wenn der Patriarch nicht sofort berichtet werde.

### Die Beziehungen zwischen Armenien und Türkei sind jetzt wieder fast gespannt.

## Österreich.

### Um die Neubauarbeiten.

**Wien, 12. Januar.** Der österreichische Vorschlag der Neutralisierung der Panamakanalarbeiten wird in nächster Zeit im russischen Ministerium durchgesehen werden, wobei alle interessierten Behörden ihre Gutachten einzureichen haben.

Die kaiserliche Regierung will keine Entscheidung treffen, ehe sie nicht genau über die Ansichten Englands, Australiens und Japans unterrichtet ist. Die Angelegenheit ist für die russische Regierung ein wenig eigener Eisenbahnen im Gebiet Judoquias von besonderer Bedeutung.

## Volkswirtschaft.

### Die Preissteigerung am Baumwollmarkt.

Hoch will es scheinen, als ob der Ausbruch der Baumwollpreise für die Vorgänge am Baumwollmarkt noch nicht stark genug wäre. Denn einen bedeutungsvollen Auftrieb wie im letzten Jahre und wie noch zu Anfang dieses Jahres dürfte die Baumwollindustrie überhaupt kaum je erlebt haben. Wir haben gegenwärtig Baumwollpreise, die bei einzelnen Sorten das Doppelte der vorjährigen Notierungen betragen, ja vereinzelt stehen sie sogar noch höher. Es sei nur einmal an einigen Sorten amerikanischer Baumwolle gezeigt, wie die Preise nach aufwärts getrieben wurden. Amerikanische Baumwolle Upland Ordinary kostete nämlich im Bremen zu Jahresbeginn 70 1/2 Pf., während die gleiche Sorte genau vor einem Jahre 33 1/2 Pf., also noch nicht einmal halb so viel gekostet hatte. Bei anderen Sorten ist der Vorprung nicht ganz so gewaltig, aber immer noch auffällig genug. So kostet Middling Upland fair 82 1/2 Pf. gegen 49 1/2 Pf. genau vor einem Jahre. Bei fully good middling ist der Preis von 47 1/2 auf 80 1/2 Pf. hinausgegangen. Middling Upland, die meist gehandelte Sorte, stellt sich auf 79 Pf. gegen 45 1/2 Pf. vor Jahresfrist. Anfang Dezember 1909 kostete sie erst 71 1/2 Pf., ist also rapid in die Höhe gegangen. Die Bewegung der Monatsdurchschnittspreise für Middling Upland in Bremen ergibt, daß bereits seit Monaten der Vorprung gegen die vorjährigen Preise andauernd zunimmt. Während die bisher genannten Preise sich auf ein halbes Ailo bezogen, gelten die nachstehenden Preise für einen Doppelpentner. In Bremen wurde im Großhandel für Middling Upland im Jahre 1909 verglichen mit 1908 für den Doppelpentner in Mark bezahlt:

	1908	1909
Januar	121,26	96,35
Februar	119,14	96,83
März	113,08	96,42
April	102,96	102,92
Mai	112,76	108,25
Juni	117,60	118,40
Juli	112,08	126,50
August	106,96	128,46
September	100,23	133,20
Oktober	95,08	138,13
November	94,09	145,46

Das ganze erste Halbjahr hindurch wurde trotz der aufsteigenden Richtung das Vorjahresniveau nicht überschritten. Mit dem Beginn des zweiten Halbjahrs aber erfolgte der Vorprung, und zwar gleich in solcher Ausdehnung, daß die Spannung sich auf ca. 13 Prozent belief. Von da verstärkte sich die Steigerung gegenüber 1908 von Monat zu Monat; im Jahre 1909 ging der Preis mit jedem neuen Monat höher hinauf; im Jahre 1908 war er fortlaufend gesunken. Die Bewegung des Preises für Middling Upland ist aber charakteristisch für die ganze Entwicklung der Baumwollpreise; mit geringen Abweichungen haben die anderen Baumwollsorten die gleichen Preisveränderungen durchgemacht. Die enorme Verteuerung der Rohbaumwolle fällt für die deutschen Spinner deshalb schwer ins Gewicht, weil der Absatz sich kaum erlöst von dem Einfluß der Krise erholt hat und bei merklich höheren Preisforderungen bald wieder in seiner Entwicklung gehemmt

wird. Zum Teil waren die Spinner wohl noch mit billigeren Rohstoffvorräten einbedeckt, doch reichen diese bei weitem nicht aus, um den Bedarf für ansehnliche Zeit zu decken.

## Rentabilität im Großgewerbe.

Es wird noch lange Zeit währen, bis man sich ein genau zutreffendes Bild über die finanziellen Ertragnisse der Großindustrie während des Jahres 1909 machen kann. Immerhin kann man schon heute aus den Dividendenangaben und den schon definitiv vorliegenden Ergebnissen sich ein Bild von der Bewegung der Rentabilität im Jahre 1909 machen. Die Durchschnittsdividende ist im Jahre 1909 gegen das Vorjahr etwas gesunken. Dieses Resultat ergibt sich auf Grund einer Berechnung für ein Aktienkapital von 3 392,20 Millionen Mark. Auf diese Summe wird eine Dividende von 308,25 bis 315,84 Millionen Mark verteilt werden gegen 335,61 Millionen für das Jahr 1908. Während für 1908 die Dividende 9,89 Prozent betrug, stellt sie sich für 1909 auf 9,09 bis 9,31 Prozent. Es ist zu bemerken, daß die berücksichtigten Gesellschaften ausschließlich Betriebe der Warenherstellung repräsentieren, Handel und Verkehr aber ausgeschlossen sind.

Den stärksten Rückgang der Dividende haben die Porzellan-, Glas- und Steingutfabriken aufzuweisen, die im Durchschnitt 8,43 bis 8,49 Prozent verteilten gegen 11,94 im Jahre 1908. Ungünstig schneiden auch die Zementfabriken, Ziegeleien, Raufbrennereien um ab: 1908 verteilten die berücksichtigten Gesellschaften noch 8,43 Prozent, für 1909 bringen sie es nur auf 6,31 bis 6,64. Bei den Berg- und Hüttenwerken geht die Dividende von 9,70 im Jahre 1908 auf 7,94 bis 8,26 im Jahre 1909 zurück. Berechnet ist dieser Durchschnitt auf ein Aktienkapital von 1151,95 Millionen Mark, auf das im Jahre 1908 111,75 Millionen Dividende kamen, für 1909 aber 91,43 bis 95,19 Millionen zu erwarten sind. Besonders geringer ist die Einbuße bei den Eisenbahnbedarfs- und Maschinenbaugesellschaften. Von 11,10 Prozent im Jahre 1908 sinkt die Dividende auf 10,16 bis 10,32 im Jahre 1909. Dann kommt dem Grade nach der Rückgang im Brauereigewerbe. Unsere vorläufige Berechnung umfaßt allerdings neben Brauereien auch Mälzereien und Brennereien und bezieht sich auf ein Aktienkapital von 187,28 Millionen Mark. Für dieses betrug die Dividende 8,35 Prozent im Jahre 1908, aber 7,63 für das Jahr 1909. Die Gesellschaften der Papier-, Leder- und Gummiindustrie zeigten für 1908 eine Dividende von 10,66 Prozent an, haben aber für 1909 eine solche von 9,94 bis 9,96 zu erwarten. Die berücksichtigten Betriebe der Metallverarbeitung weisen auch eine niedrigere Rentabilität auf: die Dividende sinkt von 9,50 im Jahre 1908 auf 8,67 bis 9,19 im Jahre 1909. Endlich gehört auch die chemische Industrie zu den Gewerben mit sinkenden finanziellen Ertragnissen; allerdings ist hier der Rückgang so gering, daß die definitiven Ergebnisse den vorläufig befürchteten Rückgang noch ausgleichen können. Für 1908 verteilten die berücksichtigten Gesellschaften 16,06 Prozent Dividende, während sie für 1909 eine solche von 15,79 bis 15,97 erwarten.

Den Gewerben mit Abnahme der Dividende steht aber auch schon eine Reihe Gewerbe gegenüber, in welchen die Ertragnisse gegen 1908 schon wieder anstiegen und eine höhere Dividende ermöglichen als für 1908. Von ihnen ist zunächst das Textilgewerbe zu nennen, das im allgemeinen wieder besser abschnitten als 1908. Allerdings nicht alle Zweige dieses Gewerbes nehmen an der Besserung teil, so vor allem nicht das Gros der Betriebe der Baumwollindustrie. Die berücksichtigten Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 129,91 Millionen Mark erwarten eine Dividende von 9,22 bis 10,04 Prozent, während sie 1908 nur 9,10 ausstütteten. Die elektrotechnischen Betriebe, ebenso die Elektrizität und Gas liefernden Gesellschaften haben schon merklich besser gearbeitet als 1908. Die erzielten verteilten 9,70 bis 9,77 Prozent gegen 9,39 im Jahre 1908, die letzteren 8,93 bis 9,05 gegen 8,61. Auch einige Zweige der Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie verteilten eine höhere Dividende, so die Brauereien 10,25 gegen 10,04, die Zuckerfabriken 10,84 gegen 10,49 Prozent. Vielleicht mit am günstigsten stellen sich ausen 1908 die Ergebnisse im Bau- und Terrängewerbe, soweit es sich um Bau- und Terrängewerkschaften handelt. Die berücksichtigten Unternehmen erwarten für 1909 eine Dividende von 6,07 Prozent, während sie für 1908 nur 5,65 verteilten. Die Höhe der Dividendenverteilung bezieht sich bei allen Gewerben und inbegriffen auf den Nennwert des Aktienkapitals. Infolge der starken Kurssteigerungen im vergangenen Jahre ist das Rendement auf den Auswert beträchtlich niedriger als die Dividendenziffer, so daß das Publikum, das im laufenden Jahre sich Industriestellen in der zweiten Hälfte des Jahres zu Anlagezwecken erwerben hat, ungeachtet der hohen Geldsätze keine besonders starke Verzinsung erhalten wird. Es ist eben zweifellos während des Jahres 1909 im allgemeinen eine Verteuerung eingetreten, die in den finanziellen Ertragnissen der Aktiengesellschaften für 1909 noch keineswegs begründet war.

## Soziales.

### Ernährung englischer Arbeiter.

Eine größere offizielle Untersuchung, die über die Ernährung der Arbeiter kürzlich in York (England) gemacht wurde, ergab, daß die Arbeiter der angelernten Berufs durchweg 25 Prozent weniger Nahrung zu sich nehmen, wie zur Erhaltung ihrer normalen Körperkräfte notwendig wäre. Gelernte Arbeiter erhalten eben genug. Hilfsarbeiter erleiden also eine 25prozentige Unterernährung gegenüber den aus öffentlichen Mitteln erhaltenen Armen, und sie haben gar 29 Prozent weniger Nahrung wie Gefangene.

### Fabrikarbeitszeit in Japan.

Ein vor einiger Zeit erlassenes Fabrikgesetz für Japan verbietet die Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren in Fabriken, begrenzt die Normalarbeitszeit von allen beschäftigten Personen unter 16 Jahren wie auch der Frauen auf zwölf Stunden täglich, denen zudem allmonatlich mindestens zwei Ruhetage zu gewähren sind. Das neue Gesetz wird sich auf etwa 742 000 Beschäftigte in Fabriken erstrecken, unter denen nicht weniger wie 392 000 Frauen und ein großer Prozentsatz Kinder sind.

## Tredner Polizeibericht vom 13. Januar.

In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag wurde in Ostau ein Mordmord, der gegen zwei Arbeiter wegen Kohnenbestellung eintrat, von einem hinterläßt angefallen, zu Boden geworfen und mit zwei Fußtritten erheblich im Gesicht verletzt. Die Täter entflohen zwar, wurden aber später wieder ermittelt und in Haft genommen.

Anfang dieses Monats hat sich in der Anstalt ein ca. 30 bis 22-jähriger Unbekannter von den Wärtern zweier Einjährig-Reservewilligen des Schützenregiments Nr. 109 die Waffenzüge und Pistolen unter schwindelhaften Ansprüchen verschafft. Er handelt dabei im angeblichen Auftrag der abwesenden Einjährig-Reservewilligen. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Kriminalpolizei erbeten.

## Wetterbericht von der Wetterkammer an der Auguststraße am 13. Januar, mittags 12 Uhr.

Barometer: 740. Regen, Wind.  
Thermometer: +1° C.  
Thermometer: Min. -0, Max. +1.  
Lufttemperatur: 80° F.  
Föhnwind: -0.

## Wetterprognose des k. k. meteorologischen Institutes zu Trieben für den 14. Januar 1910.

Nordwestwinde; mäßig bis bedeckt; Temperatur wenig geändert; zunächst Regen und Schnee, später je nach der Ausdehnung nicht ausgeschlossen.

## Letzte Telegramme.

### Ruß der Budgetkommission des Reichstags.

**Berlin, 13. Januar.** (Privattelegramm.) Die Kommission z. lebigt den Reichstag für Ostafrika und bewilligt gegen die Stimmen der Sozialdemokratie die erste Rate für den Bau der Uambaraabahn — Daraus tritt die Kommission in die Beratung des Reichstagsgesetzes für Ostafrika. Die eigenen Einnahmen aus Zöllen waren mit 1 300 000 R. veranschlagt, werden aber voraussichtlich 3 Millionen mehr ergeben, weil die Diamantenproduktion entgegen der Erwartungen den Verkaufswert der Rohstoffe auf 12 Mill. R. geschätzt. Der Wert der als Ausfuhrabgabe berechnet wird, hat 4 Mill. zu erheben. Auf die von den Ansehern erhobenen Beschwerden gegen den Reichstag wegen der Konzeptionen an Privatgesellschaften erklärt der Reichstag: Wir treiben nicht für die poor Weisen Kolonialpolitik, sondern für das Reich. Die Sitzung dauert fort.

### Der sozialistische Arbeiterverein.

**Berlin, 13. Januar.** Der sozialistische Arbeiterverein hat in einem Rundschreiben an die Parteigenossen und Parteifreunde gegen die von der Regierung an die Schulstellen erlassene Verfügung, monach Schullern die Teilnahme am Reichstag zu untersagen, erklärt, daß der Verein keinen Rechtsbehelf zu einer Beschwerde ermöglicht. Der Verein erachtet die Angehörigen des Reichstags, durch feinerlei Drangens von der Seite der Lehrpersonen ihres Kindes von dem Besuch des Reichstags abhalten zu lassen.

### Der englische Wahlkampf.

**London, 13. Januar.** Der Wahlkampf wird in der heftigsten Form fortgesetzt. In einer Rede betonte die Labour Party sehr optimistisch. Nach seiner Auffassung könnten sich die Konservativen auf einen großen Sieg gefaßt machen, die Liberalen würden im nächsten Parlament nicht über 300 Mitglieder zählen. Es wird nicht erwartet, daß die große Mehrheit der Liberalen nicht eine Folge des Schwungs sei, sondern eine Folge der besseren Erziehung des Volkes und der Organisation.

### Frankfurter Arbeiter.

**Frankfurt, 13. Januar.** Aus Amerika wird gemeldet, daß 600 Arbeiter einer Fabrik in Pennsylvania, die wegen Verhöhnung mit einer Geldbuße belegt werden sollten, in den Straßen traten. Sie saßen lärmend durch die Straßen und warfen in den Häusern zweier Beamten die Fenstersteine ein.

### Staatlich geförderter Aufst.

**Berlin, 13. Januar.** Der russische Kongress zur Befämpfung der Trunksucht erzielte eine große Entscheidung. Der Reichskanzler, General Staatssekretär, verbot sämtliche angeordneten und leinzerger vom Ministerium des Innern beschützten Beiträge, die sich gegen das Schnapsmonopol der russischen Regierung richten. Von zahlreichem Kongressmitgliedern wurde sofort eine Interpellation beim Reichstagskomitee eingebracht, in der der Kampf gegen das Schnapsmonopol gefordert wurde.

### Österreich.

**Wien, 13. Januar.** Die Kammer beabsichtigt, ihre Arbeiten wegen des bevorstehenden Neujahrstages abzubrechen und erst nach mehrstündiger Pause wieder aufzunehmen. Einige Abgeordnete reisen bereits in ihre Heimat ab. Hiergegen schreibt die Reichstagsverwaltung ein, da eine Reihe wichtiger Gesetzesvorlagen vor allem der Staat, noch nicht erledigt sind, und man fürchtet, daß die Abgeordneten überhaupt nicht mehr wiederkehren, wenn sie einmal abgereist sind. Die Liga fordert die ununterbrochene Fortsetzung und Beendigung der Arbeiten.

### Die Aufgaben des Kabinetts Duff.

**Konstantinopel, 13. Januar.** Das neue Kabinett, dessen wichtigste Persönlichkeit Mahmud Schemsi ist, hat neben der Lösung der arabischen Frage eine neue schwere Aufgabe, den tunesischen Grenzkonflikt, zu lösen. Die Worte möchte die Grenzregulierung bereit vornehmen lassen, daß der Fall von Tripolis mit den benachbarten höheren Beamten in Tunis die Grenzentscheidung trifft, daß also weder diplomatische Verhandlungen noch ein offizielles Eingreifen der Zentralgewalt notwendig werden, sondern eine Art Regulierung wie zwischen Soudan und Tunis.

### Der tripolitanisch-tunesische Zwischenfall.

**Paris, 13. Januar.** Der frühere Zentralpräsident von Tunis, René Millet, äußerte sich in sehr harter Weise über die durch den tripolitanisch-tunesischen Grenzzwischenfall zutage getretene Weigerung der Türkei, das französische Protektorat über Tunis anzuerkennen. Die Jungtürken, sagt Millet, haben ihre Haltung mit der Berufung auf das Anwachsen des türkischen Nationalgefühls zu rechtfertigen. Warum haben sie dann die Annexion von Tunis und der Dergazawina hingenommen, die tatsächlich türkische Provinzen gewesen sind? Warum rekonstruieren sie nicht auch Ungarn und andere Länder, die noch ganz anders türkisch waren, als Tunis? Die Jungtürken spielen ein gefährliches Spiel. Es gibt deutliche Anzeichen, daß für Tunis ihre Nachbarhaft derjenigen einer anderen Nation vorzuziehen.

### Verfälschte Münzen.

**Teheran, 13. Januar.** Japans Expedition wurde im eingeschritten über von Rahim Khan umzingelt. Die Japansen sind infolge Verhöhnung der Bedinghöhe zurückgezogen. Von hier sind 100 Mann und von Jendian 300 Mann nach Abzug abgezogen, um Japansen zu entsetzen. Die Besatzenden Japansen sind in Abzug. Die Russen haben die Belagerung in Serahs verfehlt. In Teheran geben in letzter Zeit wieder die höchsten Gerichte von Urteilen in Recht und zukünftigen Anwaltschaft in Teheran um. Tatsache ist nur, daß die Verurteilung, ediktirt darüber, daß ihre reisen Kundengüter weggenommen werden sollen, überall unter dem Volke heftig diskutiert.

### Unterwerfung im Nil.

**Wien, 13. Januar.** Die Stämme der Bocoos und Beni Urigal haben sich General Raima unterworfen und nahmen sämtliche spanischen Bedingungen an.

## Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

# Sozialdem. Verein Dresden-A.

Freitag den 14. Januar, abends halb 9 Uhr

## 3 Bezirksversammlungen

Bezirk 1, 4 u. 5: Reichshallen, Palmstraße.  
Bezirk 2 u. 3: Adams Restaurant, Kaufbachstr.  
Bezirk 6: Wagners Restaurant, Schnorrstraße.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. (Thema wird in der Versammlung bekanntgegeben.) Referenten: Genossen Redakteur Dövel, Landtagsabgeordneter Niem und Ullig.
2. Bericht aus den Vorstandssitzungen u. der Zeitungskommission.

Nur mit Mitgliedsbuch verhöre Genossen und Genossinnen Zutritt.

## Sozialdemokratischer Verein. Bez. Radebeul-Oberlöbnitz. Versammlung

Sonntag den 15. Januar 1910, abends 9 Uhr  
im Saale der Goldenen Krone.  
Tages-Ordnung:

1. Die Arbeiterschaft und die christliche Kirche. Referent: Arbeiterführer Beck. 2. Debatte. 3. Vereinsangelegenheiten.

Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet die Verwaltung.

## Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis. Fastnachts-Vergnügen

Sonntag den 15. Januar im Saale der Goldenen Krone.  
besucht in Konzert und Ball, zu welchem alle Genossen der Köpfiger-Ordnung eingeladen sind.

## Bezirk Plauen.

Sonntag den 15. Januar, abends 9 Uhr, im kleinen Ballsaal, Plauen.  
Tages-Ordnung: 1. Tag Budget des Deutschen Reiches. Referent: Arbeiterführer W. Beck. 2. Bericht auf der Kreisversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten.

## Bezirk Niedergoritz und Umgegend.

Sonntag den 15. Januar, abends 9 Uhr, im kleinen Ballsaal, Plauen.  
Tages-Ordnung: 1. Die Antwort der Reichsregierung über die Regulierung der Bierfrage. 2. Bericht der Gemeindevorsteher. 3. Bericht auf der Kreisversammlung. 4. Allgemeines.

## Zentralverband der Dachdecker u. verw. Berufe.

Sonntag den 16. Januar, nachmittags Punkt 2 1/2 Uhr.

## General-Versammlung

im Restaurant Eibkoren, Neustadt, Ralmenstraße.  
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1909. — 2. Renzwahl der Kreisverwaltung. — 3. Stellungnahme zum Verbandsrat und Anträge hieran.

## Naturheilverein zu Radeberg u. U. (B. V.)

Sonntag den 30. Januar, im Restaurant Harmonie.

## Mitglieder- (General-) Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Wahl der tagungsgemäß auszuwählenden Vorstands- u. Aufsichtsratsmitglieder. 4. Anträge. 5. Verschiedenes.

## Nichtöffentl. Vortrag

Materialistische Geschichtsauffassung.

Vortragender: Herr Redakteur Robert Grösch, Dresden.

Freitag den 14. und Sonntag den 15. Januar

## Öffentl. Lichtbilder-Vortrag

im Saale der Musenhalle, Lötzen.

Weder Nord- oder Südpol, noch auch durch Afrika, sondern eines der trübsten Länder der Erde, Westindien, wo noch heute die Sonne nicht auf der Straße steht, soll hier in Wort und Bild gezeigt werden.

Eintrittspreis 50 u. 30 Pf. Anfang 8 Uhr.

# Bekanntmachung.

Der Vorstand der Gemeinsamen Crüfkrankenasse für Teuben und Umgegend bezieht für das Jahr 1910 aus folgenden Quellen:  
Redakteur Oskar Hartmann, Vorstandsmitglied  
Glückwünscher Karl Malky, Vorstandsmitglied  
Glückwünscher Louis Müller, Schriftführer  
Glückwünscher Otto Bauer, Kassier  
Bismarckarbeiter Max Ryssel  
Bismarckarbeiter Emil Göhl  
Glückwünscher Jos. Hilsky  
Bismarckarbeiter Rich. Richter  
Kassier Moritz Richter

# Bekanntmachung.

Der Vorstand der Crüf-Krankenasse bezieht nach den zuletzt festgestellten Wahlen aus folgenden Quellen:  
Zähler Julius Fräßdorf, Vorstandsmitglied  
Kassier Emil Lauokner, Kassier  
Glückwünscher Paul Starke, Schriftführer  
Glückwünscher Emil Fanghänel, Schriftführer  
Glückwünscher Franz Karl Dörfel  
Glückwünscher Bernhard Fischer  
Glückwünscher Gustav Fliegel  
Glückwünscher Theodor Freund  
Glückwünscher Richard Holz  
Glückwünscher Hermann Itterlein  
Glückwünscher Kornelius Langhorst  
Glückwünscher Ernst Mäurich  
Glückwünscher Max Oberlein  
Glückwünscher Hermann Oehmichen  
Glückwünscher Anton Pfothenauer  
Glückwünscher Ernst Reichenbach  
Glückwünscher Gustav Riem  
Glückwünscher Julius Otto Schneider  
Glückwünscher Adolf Schöbel  
Glückwünscher Hermann Steinbrück  
Glückwünscher Gustav Uhlemann.

Dresden, den 12. Januar 1910.  
Der Vorstand der Crüf-Krankenasse.  
Julius Fräßdorf, Vorsitzender.

## A. Mäasers Restaurant zur Niekener Bauörse

Dresden-Niekten, Komilitätenstraße, 107. Zentrale Straße.  
Empfehlung eines köstlichen, geschmackvollen, unverwundlichen, 60 Centimen  
festen, leicht verdaulichen, reinen, alkoholfreien Bieres.



Dresdner Felsenkeller  
dunkel

Ist ein nach bayerischem Verfahren gebrautes und  
den besten in Bayern hergestellten Bieren in  
jeder Beziehung vollkommen gleichwertiges Bier.

## Möbel Curt Wilkerling

Wäsche u. Manufakturwaren  
Spezialität: Turnbekleidung  
Pilsener, Torgauer, Sauer 28

## Verfassungswesen und Verfassungskämpfe in Deutschland.

Inhalt:  
1. Kapitel: Die Entstehung des Reiches.  
2. " Das Reich und die Staaten.  
3. " Kaiser und Kanzler.  
4. " Der Bundesrat.  
5. " Der Reichstag.  
6. " Die Verwaltung des Reiches.  
7. " Einzelstaaten — Reichsland — Kolonien.  
8. " Neue Verfassungskämpfe.

Preis gebunden 3 Mark.

Zu beziehen durch die  
Volksbuchhandlung, Dresden, Gr. Zwingstraße.

## 2 Pfd. Rindfleisch 1 Mk. Saft- und Wafelbrot

2 Pfd. Rindfleisch 1 Mk. Saft- und Wafelbrot  
Schumannstr. 31, Ecke Nikolaikirche.  
G. K.

# Reichshallen

Palmstraße 18, 1 Minute v. Postamt  
Tisch  
Gr. Kabarett-Vorstellung  
Sings-Gesellschaft Alorinda  
Vertraut: Frau v. Bredow  
Da haben erachtet ein Th. Bredow

## E. Schnurigs Restaurant

14 Zeitstraße 14  
Großer Mittagstisch.  
Preis: 2 Schlachtzeit.  
Verkehr-Lokal der Hotelkette

## 12 Kabinett-Photographien

Photograph Rich. Jähmig  
Nikolaikirche No. 12  
im Hause von Bredow & Co.

## Kosmos

Wissenschaftliche Zeitschrift  
gebunden 7.50 M., broschiert 5 M.  
60/710

## In freien Stunden

Wöchentliche Romanzeitschrift  
Es beginnt der spannende  
Roman: Die Abendburg. Chronik  
Abenteuer von Bruno Wille  
Preis pro Heft 10 Pf.

## Volksbuchhandlung

Dresden, Große Zwingstraße 14

## Lehrling

erucht von Oskar Thiem,  
Lagermeister, Postamt.

## Dr. Stolzenberg, Ottendorf-Okrilla.

Seit dem 1. Januar finden meine Abend-Sprechstunden  
Montags und Donnerstags von 7-8 Uhr statt.

## Frankfurter

Vorteilhaftigkeiten.  
Selbstkultivier. Urinale  
Spülkänen, Schächte,  
Monatsbinden, Druck 50 Pf.

## Leib-Binden

alle Systeme auch  
nach statten Hüftenwunden,  
Menstruationsstörungen.

## Mutterspritzen

von 1.50 M. an  
nur ärztlich empfohlene und  
sichere Apparate.  
Preisliste und Auskunft gratis.

## R. Freisleben

Postplatz  
zwischen Walliser- und Lorenzstr.  
Das selbe auf Firma!

## Herrn-Wäsche

Krawatten, bunte Anzüge  
laut man am billigsten bei  
E. Köhler, Am Ege 13.

## Wachsmaschine, neu, Postbillig.

Postbillig, Potschappel,  
Turmstraße 19, 2.

## Silber-Hochzeit

mit so reichen Blumenspenden, Gratulationen und Ge-  
schenken beehrt, sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank.

Emil Jordan und Frau.

## Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zweigverein Dresden u. Umg.  
Unser Mitglied zum Ruhestand, das am 11. Januar, nachm.  
3 Uhr, unter langjähriger, treuer Kollege

## Hermann Löffler

im Alter von 71 Jahren an Herzschlag verstarben ist.  
Die Beerdigung findet Freitag den 14. Januar, nachm. 4 Uhr,  
von der Halle des Strieker Friedhofes aus statt.  
Um zahlreiche Beistellung ersucht der Zweigvereinsvorstand.

## Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter.

Am 9. Januar verstarb unser Mitglied  
Gustav Kirsten  
im Alter von 43 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Crüfverwaltung.

## Walterohen

Verstorbener von Hause unserer und so pädagogisch entzifferter  
bergschulen  
legen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten für die vielen  
Beweise herzlicher Teilnahme und den so überaus reichen Blumen-  
schmuck sowie für die treuesten Worte des Herrn Pastor Loh. Bitte  
unseren aufrichtigen Dank.  
Dresden, den 12. Januar 1910.  
Die Hinterlassenen Elise Hermann Thieroff u. Familie.

## Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Robert Grösch, Dresden-Neustadt.  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Reinhold Grösch, Dresden.  
Druck und Verlag: Raben u. Komp., Dresden.

# 1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 9.

Dresden, Donnerstag den 13. Januar 1910.

21. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

24. Sitzung. Mittwoch, 12. Januar 1910, 1 Uhr nachm.  
Am Bundesratspräsidenten Dr. Delbrück, Staatssekretär.  
Die Beamtenmaßregelungen in Rottow.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen des Zentrum und der Polen wegen der Maßregelungen der Reichsbeamten, weil sie ihre kommunale Wahlrecht ausüben dürfen. Auf die Frage des Reichspräsidenten Dr. Eppich erklärt Staatssekretär Dr. Delbrück sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellationen bereit.

Abg. Graf v. Capperonius (Zentr.) begründet die Interpellation seiner Fraktion. Es handle sich hier nicht um den Gegensatz zwischen sozialistischer und liberaler Weltanschauung (Rechts- und Links-), auch nicht um den Gegensatz der Parteien, sondern um die freie Veräußerung bürgerlicher Rechte, an der alle Parteien interessiert sind. Ten Beamten könne die freie Ausübung ihres Wahlrechts nicht unterlagert werden, weder das Beamtengesetz noch die landesrechtliche Verfassung. In der Tat sind infolge der Wahlbündnisse zahlreiche Beamten für den Sozialdemokraten gewählt.

Der Herr Reichspräsident hat sich in Rottow geäußert. Die Herren Staatssekretäre werden sich so nachher bemühen, und zu zeigen, daß man in Rottow richtig verfuhr. Der Staatssekretär des Reichspräsidenten hat ein Schreiben dahin geschickt, auf welches sofort die Verlesungen erfolgten. Natürlich waren es keine Strafverlesungen (Hört, Hört!), sondern Verlesungen im Interesse des Dienkes. (Große Heiterkeit im Zentrum und links.) Ich muß dem Reichspräsidenten meine Verwunderung über eine derartige Verlesung ausdrücken. Entweder liegt eine Pflichtverletzung vor, dann muß ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Wenn das nicht ist, dann verdamme man diese Beamten mit Verlesungen, die vor aller Augen wie Strafverlesungen erscheinen. (Leb. Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Jedem hat man auch moralisch den Beamten schärfere Anrechte getan. Die Wähler hatten sich zu entscheiden zwischen dem sozialdemokratischen Kandidaten und den Liberalen einerseits und dem Zentrum und den Polen andererseits. Wenn jemals, so konnten bei dieser Stadtverordnetenwahl in Rottow katholische Wähler ihre Weltanschauung und ihre Religion nicht laienhaft. Die katholische Kirche war als eine Verdummungsschule hingestellt worden und man hatte zum Ausdruck der Kirche aufgerufen. Ich frage den Staatssekretär und den Reichspräsidenten, ob sie diese Umstände gekannt haben, und ob sie nach der Kenntnis der Umstände die Stellungnahme der Beamtenregeln nicht in einem anderen Sinne sehen.

Am Jahre 1906 war der Volk bei der Reichstagswahl für den Chancenkandidaten des „Reinheits Hebel“ gegenüber dem Zentrum. 1909 war er es bei der Kommunalwahl. Er ist wirklich das Reinheits Hebel, das größte Hebel ist die politische Heuchelei. (Leb. Sehr wahr! und sehr richtig!) Für die Chancenkandidaten und besonders für die Beamten ist nur eines wichtig, die Erfüllung von der

Insanzen des Reichspräsidenten. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Polen.) Keine politischen Freunde werden sich dagegen, daß die grundgesetzliche Wahlpolitik des Reichspräsidenten übertragen wird. Wir verlangen, daß das an den Beamten verübte Unrecht gutgemacht wird und Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Vorgänge. (Leb. Bravo! im Zentrum und bei den Polen.)

Abg. Karstka (Polen): Ich habe als Rottowener Bürger die ganzen Ereignisse mitemgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Autokratismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppe der Arbeiter und Arbeiterinnen sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbewegung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenschlossen, um die Herrschaft der Sozialliberalen zu brechen. Mit diesem Kampfbündnis begann von der Gegenseite die Nationalitätenbeziehung und

der politische Reichspräsident. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe als Rottowener Bürger die ganzen Ereignisse mitemgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Autokratismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppe der Arbeiter und Arbeiterinnen sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbewegung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenschlossen, um die Herrschaft der Sozialliberalen zu brechen. Mit diesem Kampfbündnis begann von der Gegenseite die Nationalitätenbeziehung und

der politische Reichspräsident. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe als Rottowener Bürger die ganzen Ereignisse mitemgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Autokratismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppe der Arbeiter und Arbeiterinnen sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbewegung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenschlossen, um die Herrschaft der Sozialliberalen zu brechen. Mit diesem Kampfbündnis begann von der Gegenseite die Nationalitätenbeziehung und

der politische Reichspräsident. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe als Rottowener Bürger die ganzen Ereignisse mitemgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Autokratismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppe der Arbeiter und Arbeiterinnen sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbewegung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenschlossen, um die Herrschaft der Sozialliberalen zu brechen. Mit diesem Kampfbündnis begann von der Gegenseite die Nationalitätenbeziehung und

der politische Reichspräsident. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe als Rottowener Bürger die ganzen Ereignisse mitemgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Autokratismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppe der Arbeiter und Arbeiterinnen sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbewegung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenschlossen, um die Herrschaft der Sozialliberalen zu brechen. Mit diesem Kampfbündnis begann von der Gegenseite die Nationalitätenbeziehung und

der politische Reichspräsident. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe als Rottowener Bürger die ganzen Ereignisse mitemgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Autokratismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppe der Arbeiter und Arbeiterinnen sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbewegung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenschlossen, um die Herrschaft der Sozialliberalen zu brechen. Mit diesem Kampfbündnis begann von der Gegenseite die Nationalitätenbeziehung und

der politische Reichspräsident. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe als Rottowener Bürger die ganzen Ereignisse mitemgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Autokratismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppe der Arbeiter und Arbeiterinnen sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbewegung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenschlossen, um die Herrschaft der Sozialliberalen zu brechen. Mit diesem Kampfbündnis begann von der Gegenseite die Nationalitätenbeziehung und

links), befehlt man, welcher Partei ihre Kandidaten angehören, und in welcher Weise sie sich betätigen wollen. Und obwohl sie darauf hinweisen, daß es mit der Billigkeit eines Beamten unvereinbar sei, die Bestimmungen der entsprechenden Partei zu unterstützen. Die Verlesungen trafen nicht den Charakter disziplinarer Verlesungen, sondern erfolgten im Interesse des Dienkes. (Ehrw. Reden.) Die Beamten kamen in ein anderes Amt mit gleichem Rang und gleichem Gehalt im Orte,

was sie nicht Gefahr laufen mit der Beamtenpflicht in Konflikt zu kommen. (Erneute Reden bei den Polen, links und im Zentrum) und wo sie in der nationalgesetzlichen Verlesung nicht Verwirrung und Unwissen erzeugen können.

Beamte haben grundsätzlich in der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte allen Staatsbürgern gleich (Sehr gut! bei den Polen), ihre politische Betätigung erfährt aber gewisse Einschränkungen durch staatliche Bestimmungen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es mit der Stellung eines Beamten unvereinbar ist, wenn er Bestimmungen unterwirft, die in ihrem letzten Ziele gegen den Bestand des Staates gerichtet sind. (Große Unruhe bei den Polen.) Wenn wir in dem Falle nationaler Notwehr in den Chancenkandidaten von unvers. Beamten unbedingte Vereinfachung verlangen, so ist das unter ganz Recht und ein Akt der Selbstbehaltung. (Beau! recht, kühnliches Jochen im Zentrum und bei den Polen.)

Auf Antrag Graf v. Capperonius (Zentr.) findet Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Graf v. Capperonius (Zentr.): Der Staatssekretär hat sich die Antwort leicht gemacht. Er berichtet die Stadtverordnetenwahl als Wahlbündnis der „Reinheits Hebel“ (Reinheits Hebel) gegen die Sozialdemokraten. Die Staatssekretäre haben sich aber ausdrücklich als Gegner der sozialistischen Bewegung bezeichnet. (Hört, Hört!) Der Staatssekretär sprach von Verlesungen der Beamten vor der Entscheidung. Solche Verlesungen brauchen die Beamten nicht. Nur diejenigen müssen bestraft werden, die die Staatsbürgerliche Freiheit der Beamten antasten. (Sehr gut! im Zentrum, bei den Polen und Sozialdemokraten.) Es ist auch nicht wahr, daß den Beamten keine wirtschaftlichen Nachteile erwachsen sind. Sie wurden mit einem Gehalt, wie die Kandidaten, versehen. (Sehr gut und Heiterkeit.)

Wenn die Beamten nach dem Wohlverhalten ihrer Vorgesetzten wählen sollen, dann wäre es besser, ihnen überhaupt kein Wahlrecht zu geben. Denn

ein Wahlrecht ohne Freiheit

ist überhaupt kein Wahlrecht. (Ueblicher Beifall bei dem Zentrum, Polen und Sozialdemokraten.) Die Beamten können doch nicht an die Aussagen der Regierungspolitik folgen. Ziel ist vor allem die Freiheit ihrer Kandidaten unterwerfen. Selbst der verrückteste Minister der Innern in den letzten Jahren, v. Bötticher, gab wenigstens Wahlrecht zu. Der jetzige Reichspräsident geht weiter hinter ihn zurück, wenn er die Kandidaten vorangeht. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Der Herr Reichspräsident hat die Wahlbündnisse gebilligt. Herr von Bennigsen hat die Wahlbündnisse gebilligt. (Heiterkeit und sehr gut im Zentrum.) Wir wollen einen selbstbewußten Beamtenstand, daher glauben wir im Interesse des Vaterlandes und der Monarchie in handeln, wenn wir den Reichspräsidenten, die rechtsgerichteten Wahlbündnisse rückgängig zu machen. (Ehrw. Beifall im Zentrum.)

Abg. Ortmann (natl.): Die Polen läßt sich immer noch in erster Linie als Polen. Ihre Angriffe richten sich vornehmlich gegen das Deutsche Reich. Seine Zerrüttung ist ihre Hoffnung. (Ueblicher Beifall bei den Sozialdemokraten.) Diese Leute an unvers. Diktoren können wir unter keinen Umständen dulden. (Lebhaftes sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Früher hat auch das Zentrum die Gefahr der sozialistischen Bewegung anerkannt. Leider ist es von dieser richtigen Haltung abgekommen und hat sich mit den Polen verbündet. Diese Interpellationen werden im besten Interesse über die Ziele der Polen und die Ziele des Zentrum. (Bravo bei den Nationalliberalen, Jochen im Zentrum und bei den Polen.)

Abg. Ortmann (natl.): Ich habe als Rottowener Bürger die ganzen Ereignisse mitemgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Autokratismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppe der Arbeiter und Arbeiterinnen sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbewegung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenschlossen, um die Herrschaft der Sozialliberalen zu brechen. Mit diesem Kampfbündnis begann von der Gegenseite die Nationalitätenbeziehung und

der politische Reichspräsident. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe als Rottowener Bürger die ganzen Ereignisse mitemgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Autokratismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppe der Arbeiter und Arbeiterinnen sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbewegung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenschlossen, um die Herrschaft der Sozialliberalen zu brechen. Mit diesem Kampfbündnis begann von der Gegenseite die Nationalitätenbeziehung und

der politische Reichspräsident. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe als Rottowener Bürger die ganzen Ereignisse mitemgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Autokratismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppe der Arbeiter und Arbeiterinnen sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbewegung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenschlossen, um die Herrschaft der Sozialliberalen zu brechen. Mit diesem Kampfbündnis begann von der Gegenseite die Nationalitätenbeziehung und

der politische Reichspräsident. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe als Rottowener Bürger die ganzen Ereignisse mitemgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Autokratismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppe der Arbeiter und Arbeiterinnen sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbewegung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenschlossen, um die Herrschaft der Sozialliberalen zu brechen. Mit diesem Kampfbündnis begann von der Gegenseite die Nationalitätenbeziehung und

der politische Reichspräsident. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe als Rottowener Bürger die ganzen Ereignisse mitemgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Autokratismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppe der Arbeiter und Arbeiterinnen sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbewegung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenschlossen, um die Herrschaft der Sozialliberalen zu brechen. Mit diesem Kampfbündnis begann von der Gegenseite die Nationalitätenbeziehung und

der politische Reichspräsident. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe als Rottowener Bürger die ganzen Ereignisse mitemgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Autokratismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppe der Arbeiter und Arbeiterinnen sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbewegung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenschlossen, um die Herrschaft der Sozialliberalen zu brechen. Mit diesem Kampfbündnis begann von der Gegenseite die Nationalitätenbeziehung und

der politische Reichspräsident. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich habe als Rottowener Bürger die ganzen Ereignisse mitemgemacht. Sie haben in ganz Deutschland Aufsehen erregt, und es handelt sich hier um die Ehre der deutschen Nation. (Sehr richtig! bei den Polen.) Die abhängigen Beamten und Arbeiter werden bei uns von den Nationalliberalen und Konservativen, diesen Vertretern des Autokratismus, gezwungen, für ihre Kandidaten zu stimmen, welche die Schleppe der Arbeiter und Arbeiterinnen sind. So kam es, daß die katholische Arbeiterbewegung und der Mittelstand ohne Unterschied der Nationalität sich zusammenschlossen, um die Herrschaft der Sozialliberalen zu brechen. Mit diesem Kampfbündnis begann von der Gegenseite die Nationalitätenbeziehung und

Stärkerhältnis gemäß an die Reihe kommen. Dies entspricht der Billigkeit. (Sehr richtig! links.)

Abg. Graf v. Capperonius (Zentr.): Es ist ein Irrtum, daß immer nach der Größe der Fraktion das Wort erteilt wurde.

Abg. Singer (Soz.): Wenn Herr Graf sich auf den Fall der wettbewerbsfähigen Interpellation bezieht, so ändert das nichts an der Tatsache, daß früher Jahre hindurch die von den beiden Vereinten gewählten Beamten ernannt wurden. Es mag allerdings sein, daß unter dem neuen Modus die Sache anders erworben ist. (Sehr gut! bei den Soz., Jochen rechts.) Jedenfalls hat das Haus ein dringendes Interesse daran, daß wir zur früheren Praxis zurückkehren. Wenn eine Fraktion in der Weise wie heute beauftragt wird, so ist das eine Ungerechtfertigkeit ersten Ranges. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich bitte alle die Herren Präsidien, die beiden anderen Präsidien von allem Klumbe zu unterrichten, daß zu der alten Gewohnheit zurückgekehrt werde. (Beifall bei den Soz.)

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte, in deren Verlauf Staatssekretär Dr. Eppich zugibt, daß allerdings eine Interpellation vorgekommen sein mag, wird die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Außerdem Justizgesetz. Schluß 7 Uhr.

## Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

Sitzung vom 12. Januar, vormittags 10 Uhr.

(Schluß.)

Präsident Dr. Vogel bemerkt zur Klärung der Sache, daß in Zentralkonferenzen verhandelt worden ist, die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung zusammenzufassen und bei Punkt 4 gemeinschaftlich zu behandeln. Auf Wunsch des Abg. Einbermann, der bemerkt hat, daß sich der Antragsteller nur auf eine kurze Erklärung beschränken werde, habe ich mich bereit erklärt, daß dieser Punkt besonders behandelt wird. Hätte ich erlauben können, daß der Antragsteller eine längere Begründung gäbe, dann würde ich allerdings auch den anderen Parteien Gelegenheit gegeben haben, sich zu der Frage zu äußern.

Abg. Langhammer (natl.): Wir haben erwartet, daß der Antragsteller nur zu der durch die Überweisung der sozialpolitischen Entwürfe an die Rechtschaffensdeputation geschaffenen Veränderung der Tagesordnung sprechen wird; hätten wir geglaubt, daß er auf die Sache selbst eingehen, hätten auch wir natürlich unsere Rede gehalten. Herr Reichspräsident hat das Verhalten seines Parteifreundes zwar zu mildern versucht, tatsächlich liegt aber ein gewisser Bruch der Vereinbarung vor.

Abg. Kistka (Soz.): Ich verweise darauf, daß ich in meinen Ausführungen keine Partei angegriffen, sondern mich streng sachlich gehalten habe. Ich bin dahin informiert gewesen, daß der Antrag, wenn er auch zurückgezogen wird, doch in veränderter Form aufrechtzuerhalten wird, und daß ich diesen Antrag begründen kann und muß. Ich glaube nicht, gegen die Vereinbarung verstoßen zu haben.

Abg. Günther (frei.): Ohne Zweifel handelt es sich um einen ungewöhnlichen Vorgang. Wenn ein Antrag zurückgezogen wird, dann ist es nicht üblich, eine längere Begründung hierzu zu geben. Dadurch wird es den anderen Parteien nämlich unmöglich, sofort sich zu äußern. Ich bitte zu erörtern, ob es nicht angebracht ist, den Antrag wieder aufzunehmen — ich muß dies natürlich der großen Mehrheit überlassen — und die Debatte über beide Punkte zu eröffnen.

Abg. Einbermann (Soz.): Die Aufregung meine ich, ist gar nicht nötig, mein Freund Kistka hat etwa 20 Minuten gesprochen, das ist bezüglich der Redezeit sehr bescheiden, ich erinnere nur an die getragene Sitzung, wo wir viele Stunden geredet haben. (Sehr richtig! links.) Und ich gar nicht eingeladen, den Bericht des Senatspräsidenten zu hören. Dort war Einigkeit darüber erzielt worden, daß die sozialpolitischen Entwürfe der Rechtschaffensdeputation übergeben werden sollen. Der Antragsteller Kistka hätte selbstverständlich den Antrag zu begründen, ob dies etwas länger oder kürzer geschah, darauf kann es mir nicht ankommen. (Widerstand rechts.) Sie haben ja noch Gelegenheit, bei Punkt 4 Ihren Einfluß zum Ausdruck zu bringen.

Abg. Günther (natl.): Dem Wunsch des Abg. Günther kann ich bedauerlicherweise nicht entsprechen. Wenn der Abg. Kistka aber gelang hat, er habe keine Partei angegriffen, so muß ich dem entgegenhalten, daß er gelang hat, im sachlichen Landtag habe ich immer nur die Selbstfrage eine Rolle gespielt. (Beifallrufe bei der äußersten Linken.) Wenn das kein Angriff auf die frühere im Landtage vertretenen Parteien sein soll, dann weiß ich wirklich nicht, was man unter Angriffen verstehen soll. Dann hat auch der Abg. Kistka die Rechtschaffensdeputation als die unglücklichste Ursache bezeichnet. Der Bericht der Deputation hätte alle Veranlassung gehabt, die Deputation und ihre Mitglieder entgegen in Schutz zu nehmen.

Präsident Dr. Vogel ersucht, sich kurz zu fassen. Wir haben jetzt schon in der Geschäftsordnungsdebatte mehr gehört, als ich wohlgeheißend zur Sache gemeldet haben würden.

Abg. Kistka (Soz.):

Wenn ich dorthin gelang habe, daß in Sachen Kistka die Finanzfrage eine besondere Rolle gespielt hat, so habe ich damit keinen Anspruch gegen die Kammer und auch nicht gegen einzelne Parteien erheben wollen, sondern meine Bemerkung war gegen das Finanzministerium gerichtet (Große Heiterkeit, in die auch der Finanzminister einstimmt), es war dies eine Bemerkung ganz harmloser Art. (Erneute Heiterkeit.) Ich muß mich auch dagegen verwahren, daß ich die Rechtschaffensdeputation und deren Mitglieder herabgesetzt habe; ich habe nur gesagt, daß die Rechtschaffensdeputation sich in der Hauptfrage mit der Prüfung von Rechnungen zu beschäftigen hat die nicht in Verbindung mit sozialen Angelegenheiten gebracht werden kann. Meine Ausführungen gingen dahin, daß die Rechtschaffensdeputation nicht mit Rücksicht auf soziale Angelegenheiten zusammengefaßt werden ist.

Abg. Reichert (Soz.):

Dem Abg. Günther erwidere ich, daß wenn ich bemerkt hätte, der Antragsteller hätte die Mitglieder der Rechtschaffensdeputation angegriffen wollen, ich als Vorredner der letzteren sofort eingetreten wäre. Die Erklärung des Abg. Kistka dürfte, meine ich, Ihnen auch genügen. Es ist eben so, daß nicht jeder sich eignet, und darauf ist die Rechtschaffensdeputation nicht zusammengerufen. Das kann kein Vorwurf sein und ist es nicht gewesen gegen irgend ein Mitglied des Hauses, sonst würde ich, auch wenn es mein Parteifreund war, eingeschritten sein.

Mit einigen kurzen Bemerkungen des Abg. Reichert (natl.) schließt die Geschäftsordnungsdebatte. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Es wird nunmehr übergegangen zur Beratung des Antrags Reichert und Genossen (Soz.) auf

Erteilung von Maßnahmen zur Verringerung des Arbeitslosigkeits.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Die Kammer wolle beschließen:



Meiner wendet sich dann der längere gegen den Abg. Niem, die ich immer mit „Der Niem“ anspreche, wobei er oftmals von den Sozialdemokraten unterbrochen wird. Zum Schluss appelliert er, keine Ausführungen nicht zu unterlassen, ob er eine gedankliche Arbeit seiner Parteifreunde ausüben, das es nur eine bedeutende Sache sei, wenn sich die Sozialdemokratie weiter als revolutionäre Partei betrachte. Wenn Herr Reichardt nicht erklären kann, daß die Partei in revolutionärem Sinne im weitesten Sinne entwickelt hat, daß sie in unheimlicher Eile in politischen Dingen mit uns verhandelbar ist, dann muß ich im Namen meiner Freunde erklären, daß wir ohne Rücksicht auf Ihre Liebe und Ihren Haß die Frage so lösen werden, wie es das Wohl des Staates und das deutsche Wohl gebietet. (Bravo! rechts.)

Abg. Langhammer (natl.)

erschuldigt die zwei sozialdemokratischen Redner, der Frage eine sachliche Färbung zu geben. Die nationalliberale Fraktion des Landtages befand sich in sozialpolitischen Fragen in Uebereinstimmung mit der Reichstagsfraktion. Seine weiteren Ausführungen enthalten in der Hauptsache eine Polemik gegen die äußerste Linke.

Vizepräsident Dr. Vogel teilt mit, daß die Rednerliste erschöpft ist und daß dem Antragsteller die Ueberweisung des Antrags an die Reichstagsdeputation beantragt wird. — Die Debatte ist damit geschlossen.

Zu seinem Schlußwort wendet sich

Abg. Niem (Soz.)

in erster Linie gegen den Abg. Dr. Köhne. Tellen Ausführungen machten den Eindruck, als ob er auf einen Posten in irgendeinem Schatzkammerverwalter reflektierte. Er hat die Frage geradezu in feindsicher und lächerlicher Weise behandelt. (Der Vorsitzende rügt diesen Ausdruck als unzulässig.) Wir wollen nicht, daß diese erste und wichtige Frage in eine Reichstagsdebatte herübergezogen wird. Der Abg. Dr. Köhne scheint gerade jetzt vor der Sozialdemokratie zu stehen. (Große Heiterkeit.) Nicht Sie, sondern wir stehen auf dem geschiedenen Boden, wie wir Ihnen schon oft auseinandergelegt haben. Wenn Abg. Köhne wollen will, daß wir uns auf seinen Boden stellen, dann wird er noch lange warten können. Wollen Sie nicht mitarbeiten, so müssen wir eben, so leid es uns tut, darauf verzichten. Wir haben das Vertrauen der Arbeiterschaft, nicht Sie. (Choi! rechts.) Beweise aus letzter Zeit sind genug dafür da. (Beifall links.)

Es folgt eine Reihe tatsächlicher Verifikationen.

Abg. Dr. Köhne (konf.) bemerkt, daß er keine beleidigende Arbeit gehabt habe, als er nur von Herrn Niem gesprochen hätte.

Abg. Ottner (natl.) behauptet, daß durch Verhören der Sozialdemokraten im Dresdner Stadtverordnetenkollegium die Vorgänge auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu Halle gebracht worden sei.

Diese Behauptung wird vom Abg. Heilmann (Soz.) als unrichtig bezeichnet, trotzdem hält Abg. Ottner seine Behauptung aufrecht.

Die Kammer beschließt darauf Ueberweisung des Antrags an die Reichstagsdeputation.

Nächste Sitzung: Freitag vorm. 10 Uhr. Tagesordnung: Eisenbahnangelegenheiten.

Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Soziale Fragen im Landtage.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer rüde am Mittwoch die soziale Frage energisch, so energisch in den Vorbergründ, wie es im Landtage wohl überhaupt noch nicht gesehen ist. Zuerst stand der sozialdemokratische Antrag für Einführung einer Deputation für soziale Angelegenheiten zur Beratung, den Genosse Rißke unter eindringlichen Hinweis auf die sozialpolitischen Pflichten des Staates begründete. Er betonte besonders, daß eine soziale Deputation die Mitglieder der Kammer vereinigen solle, die Erfahrung über soziale Fragen und Interesse dafür haben. Durch eingehende Beschäftigung mit sozialpolitischen Aufgaben solle die Deputation sich eine Ansicht in soziale Dinge und umfassende Sachkenntnis verschaffen, die sie befähige, sozialpolitische Anträge und Vorschläge zu fördern. — Ueber diesen Antrag hatten jedoch bereits Verhandlungen im Senatsrat vorliegen, die zu der Vereinbarung geführt hatten, statt eine soziale Deputation einzurufen, was zurzeit auf Schwierigkeiten stößt, die Reichstagsdeputation, die mit ihren Arbeiten bald zu Ende sei, als Kommission für soziale Angelegenheiten einzusetzen. Tagesgen machte der sozialdemokratische Redner vor allem das Bedenken geltend, diese Deputation sei nicht mit Rücksicht darauf zusammengestellt, daß sie sozialpolitische Angelegenheiten erledigen solle. Als Notbehelf wolle er den Ausweg gelten lassen, er ersuche aber dringend darum, im nächsten Landtage unter Vermittelung der übrigen fünf Deputationen um drei Mann eine besondere Deputation für soziale Angelegenheiten einzusetzen.

Es folgte nun eine von den Nationalliberalen inhierte Entschließung, in der behauptet wurde, die Begründung des Antrags widerspreche den Abmachungen im Senatsrat. Das war schon deshalb unzulässig, weil die sachliche durchgeführte Zurückziehung nur ein formeller Akt war, weil der Grundgedanke des Antrags, die besondere Behandlung der sozialpolitischen Anträge in einer Deputation, doch verwirklicht werden sollte. Die namentlich vom Abg. Ottner vorgebrachten nationalliberalen Vorkommnisse wurden von sozialdemokratischer Seite durch die Genossen Reichardt, Endermann und Rißke zurückgewiesen und ihre Richtigkeit dargelegt.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete der ebenfalls sozialdemokratische Antrag, der Maßnahmen zur Vinderung der Arbeitslosigkeit forderte. Genosse Niem begründete die sozialdemokratischen Forderungen in einer mehr als einständigen Rede, worin er sich zunächst allgemein mit der wichtigen Lage der Arbeiterklasse beschäftigte und nachwies, daß zwar eine Lohnverhöhung eingetreten, sich aber trotzdem infolge der Erhöhung der Lebensmittelpreise die Existenzverhältnisse der unteren Volksklassen nicht gebessert hätten. Scharf griff er das Verhalten der herrschenden Klassen zu Arbeiterfragen und behandelte dann eingehender die Frage der Arbeitslosenversicherung. Unter dem Beifall der Sozialdemokraten empfahl er die Annahme des sozialdemokratischen Antrags.

Von der Regierung nahm Dr. Böttger, der Minister des Innern, zu dem Antrage das Wort. Was er vorbrachte, war geradezu lächerlich. Man wurde aus seinen ständischen Gebärden natürl. Ausführungen deutlich gewahrt, daß er sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit überhaupt noch nicht befaßt hatte. Er sprach von einer Umfrage, die er anfänglich des Antrages habe veranstalten lassen, die ergeben habe, daß von einer besonderen Vorlage nicht die Rede sein könne. Von den Nachweilen über die erschreckend große Arbeitslosigkeit im Reichsbordereibetrieb wußte der Minister keine Ahnung zu haben. Seine Behauptung, daß die Notlage nicht so groß sei, verfuhrte er mit Zahlen über die Arbeitslosigkeit im Metallgewerbe in — Großenhain zu beweisen. Das war geradezu während angebracht der Tatsache, daß von ganz Sachsen die Ergebnisse der Arbeitsnachweise vorliegen. Als der Minister zu den einzelnen Sätzen des Antrags Stellung nahm, gab er sich den Anschein eines gewissen Wohlwollens für die

Arbeitslosen, warte aber doch nicht nur die einzelnen Forderungen des Antrags übrig als ob recht nichtigende unverbindliche Nebenarbeiten, die im Grunde eine Klage bildeten. Er sprach davon, daß man nichts über das Anie brechen dürfe. Zuletzt verfuhrte er noch eine Abwehr des vom Genossen Niem erhobenen Vorwurfs, sochen sei Außerland der Arbeiterindignität. Unter dem lebhaften Proteste der Sozialdemokratie verfuhrte er dagegen die für Sachsen ungläubliche Behauptung anzubringen, die Arbeiter würden hier als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt.

Die Nationalliberalen schieden den Hinterpauer Schuldirektor Dr. Seyfert vor, der in stichender sächlicher Rede aussprach, daß er der Tendenz des Antrags im allgemeinen zustimme, doch müsse man zwischen Arbeitslosen und Arbeitslosen unterscheiden. Er glaubt auch gefunden zu haben, daß in kleineren Städten keine Arbeitslosigkeit herrsche, daß in kleineren Industriestädten in Betracht kommen, sicher ein Jutium. Soweit, so erklärte der Redner weiter, eine Arbeitslosigkeit wirklich bestände, würden die Nationalliberalen mit helfen, der Not zu steuern. Es bleibt abzuwarten, ob es nicht, wie schon vielfach, bei den Treuepolitischen nur bei schönen Worten bleibt. — Der konservativere Bürgermeister Wittig schied sich zuerst an, als wolle er eine Krügevereinbarung loslösen. Er sprach von Herr und Flotte, wodurch die Lage der Arbeiter gebessert worden sei. Aus seinen weiteren Ausführungen ging hervor, daß er mit Fleiß alles Material über verunglückte Veruuche, Arbeitslosenversicherungen einzuholen, zusammengelacht hatte. Das trug er vor, obwohl es gegen den sozialdemokratischen Antrag gar nichts bewies. Dann war er nach genau, von den Sozialdemokraten zu verlangen, zu glauben, daß auch seine Partei, die Konservativen, der Arbeitslosenfrage wohlwollend gegenüber stände.

Nachdem sich der stellvertretende Bürgermeister Abg. Dr. Roth im allgemeinen zustimmend zu dem sozialdemokratischen Antrage ausgesprochen hatte, wandte sich Genosse Heldt wütend gegen den Inhalt jenes Antrags gegen die Ausführungen des Ministers, die er mit beiderer Satire und Ironie verfuhrte. Den hilflosen staatlichen Veruuchen des Ministers hielt er das amtliche Material entgegen und übte so unter dem Beifall der Linken sehr wirkungsvoll eine geradezu veruuchende Kritik an den Stammeilen vom Regierungstische über die Arbeitslosenfrage. Der Minister unternahm einen schwächlichen Versuch zu einer Abwehr, blieb aber in den Ausföhrungen. Mit der Erklärung, die Regierung könne einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung zurzeit nicht näher treten, schloß er.

Der konservativere Rechtsanwalt Dr. Böhmte brachte alle, längst abgetragene Anschuldigungen gegen die Arbeitslosenversicherung vor; auch das Märchen schied nicht von den Treudner Arbeitslosen, die sich gewiewert hätten, für einen Stundenlohn von 65 Pfennig vom Hochwasser bedrohte Sachen zu retten. Im übrigen polemisierte der Redner gegen die sozialdemokratischen Redner und vertrat den Standpunkt des Unternehmertums. Dasselbe gilt zum Teil von einer Rede Langhammers, die den besten Eindruck der Ausführungen Dr. Seyferts wieder veruuchte. Zum Schluß rednete Genosse Niem noch besonders mit den konservativen und nationalliberalen Rednern ab, wobei die Herren auf der rechten Seite des Hauses vielfach lärmten. Es wurde ihnen aber nichts geachtet.

Der Antrag wurde der Reichstagsdeputation überwiesen, wo er zunächst vorberaten wird. Zu erwarten haben sichtlich die Arbeitslosen nach den Erklärungen des Ministers nicht viel, wenn es nicht gelingt, die Regierung bei der Schlußberatung über den sozialdemokratischen Antrag zu einer besseren sozialpolitischen Ansicht zu bringen.

### Kaufkraft und Finanzreform.

In der ersten Sitzung der Leipziger Handelskammer konstatierte der Vorsitzende, Commerzienrat Zwöniger, in seiner Eröffnungsrede, daß die Reichsfinanzreform eine verminderte Kaufkraft im Gefolge habe. Er gab einen Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1909 und wies darauf hin, daß nach einer zweijährigen Periode des Niederganges in Handel, Industrie und Verkehr wieder von einer allmählichen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse berichtet werden könne. Es stehe zu hoffen, daß diese aufsteigende Bewegung im neuen Jahre weitere Fortschritte machen wird. Infolge der neuen Steuern und der damit notwendigerweise herbeigeföhrten verteuerten Lebenshaltung unseres Volkes dürfte dessen Kaufkraft vermindert und dadurch das Inlandsgeschäft allerdings beeinträchtigt werden.

Besonders bemerkenswert ist, daß hier einmal ein Großindustrieller auf die Kaufkraft der Massen als eine Vorbedingung für ein betriebendes Inlandsgeschäft hinweist. Offenlich sind nun auch die Industriemagnaten mehr als bisher bestrebt, den Veruuchen der Arbeiter, ihre Existenzverhältnisse zu bessern und damit gleichzeitig ihre Kaufkraft zu stärken, weniger als bisher Widerstand entgegenzusetzen.

### Industrie und Krüppelstand.

Im Jahre 1907 wurde eine Zählung über Umfang und Art des jugendlichen Krüppeltums und der Krüppelveruuche in Deutschland vorgenommen, deren Ergebnisse von Dr. Bielowitz in einem größeren Werke statistisch bearbeitet wurden. Aus dem Werke hat Schuldirektor Reich in einem Artikel im Jutidauer Tagblatt die auf Sachsen bezüglichen Verhältnisse zusammengefaßt. Danach gibt es auf ganzen Deutschen Reiche zurzeit 98 263 Krüppel im Alter unter 15 Jahren, so daß auf je 10 000 Einwohner durchschnittlich 14,8 Krüppelkinder entfallen. Die niedrigste Durchschnittszahl weist der preussische Regierungsbezirk Posen auf mit 8,8, Preußen überhaupt 13,8, dann folgen Elsaß-Lothringen mit 14, Württemberg mit 14,4, das Königreich Sachsen mit 21,9. Am ungünstigsten scheinen die Verhältnisse in Reuß a. L. zu liegen, wo auf je 10 000 Einwohner sogar 27,8 Krüppelkinder gezählt wurden. In Sachsen stehen die Kreishauptmannschaften Chemnitz mit 24,4 und Jutidau sogar mit 29,2 fast an der obersten Grenze. Die leben, Sachsen und speziell die Kreishauptmannschaften Chemnitz und Jutidau schneiden bei dieser Statistik nicht gut ab, und es hätte nicht der mehrfachen Hinweis des Verfassers auf sächsische Verhältnisse bedürft, um das noch in ein besonders Licht zu stellen. Aber sochen teilt hierin das Schicksal aller andern Gegenden, die eine hochentwickelte Industrie haben, das erkennt auch der Verfasser an, wenn er sagt: „Einen klassischen Beweis für den Zusammenhang des Krüppelstandes mit der überhöhten (1) Industriektätigkeit liefert das Königreich Sachsen, das bei Stöche (Verkrümmung der Wirbelsäule), Anochen und Gelenküberfülle und Noditis auf der ungünstigsten Stufe steht und nur bei Lösungen eine mittlere Stelle einnimmt.“

Reich der überhöhten Industriektätigkeit sind die Ursachen der Verkrüppelung auch in der Aruentschen Unterernährung der Industriearbeiter zu suchen, eine Erscheinung, die bekanntlich der neue Minister des Innern nicht leant.

### Kostenlose Verhältnisse in Sachsen.

Im Jahre 1908 sind 1221 Personen im Königreich Sachsen zur evangelisch-lutherischen Landeskirche übergetreten. Taggen beträgt die Zahl der Austritte aus der Landeskirche 1265. Was diese Austritte

anlangt, so befinden sich darunter 291 zu den Taufschicksalen, 220 zu den neuen apostolischen Gemeinden, 211 zu den Methoden und 213 zu den Zeugnissen. Zum Jubiläum sind 19 Personen übergetreten. Die meisten neuen Uebertritte zur Landeskirche erfolgten aus der lutherischen Kirche, nämlich 949. Vom Jubiläum traten 21 zur Landeskirche über. Hinsichtlich der Verhältnisse der evangelisch-lutherischen Landeskirche und der römisch-katholischen Konfession, so ergibt sich, daß fast 900 Personen mehr zum Katholizismus zur evangelischen Landeskirche übergetreten sind als umgekehrt.

Celmin. Bürgerliche Wähler berichten, daß der von den sozialdemokratischen Stadtverordneten Theob. Köhler und Stadtrat am 30. Dezember v. J. bei der Reichshauptmannschaft eingereichte Rekurs gegen die Wahlrechtsänderung abgelehnt worden ist, während den Rekurrenten bis jetzt noch kein Bescheid gegeben wurde. Wie geht das zu? Die Reichshauptmannschaft wird ersucht, sich hierzu zu äußern.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Unlaufene Wagen. Auf dem Bahnhof P e r t a bei Leipzig sind beim Rangieren Bauwagen über den veruochenen Niederboiler entlaufen und sperrten das Hauptgleis für die Güge nach Zeitz. Infolge dessen mußten die früh 7 Uhr v. M. von Zeitz nach Zeitzinghau und 8 Uhr 7 Min. von Zeitzinghau nach Zeitz verkehrenden Personenzüge ausfallen. — Drei Bergarbeiter wurden in Leipzig angefaßt. Ein Agent wollte sich mit Rosophum lösen, wurde aber noch lebend ins Krankenhaus gebracht. Eine 15 Jahre alte Arbeiterin, die Zeitschrift nahm, und ein 10 Jahre alter Handlanger, der Zeitschrift trant, erreichten ihre Absicht ebenfalls nicht. — Akt Gindredner, die größtenteils schwere Verletzungen erlitten hatten, wurden durch die Polizei in Leipzig an einem Tage verhaftet. — Ein dreier Betrüger erschien in der Wohnung eines Arztes in L. A n a u t h a n und verlangte den Preis des Herrn Doktors, da dieser, wie der Ankläger verfuhrte, sofort zu einem Kranken nach Zeitz fahren müsse. Das Dienstmädchen des Arztes identifizierte den Betrüger auch als einen der Betrüger, die den Preis. Hinterher stellte es sich heraus, daß der Aruente ein Schwindler gewesen ist. Der Preis hat einen Wert von 200 R. — Von einem sächsischen Unglück ist die Familie des Rauters Alwin Thon in St. Egidien heimgeführt worden. Der Thon wollte Teil in die Zeitschrift gehen; der Ballon war noch nicht entlastet und die Zeitschrift explodierte. Die brennende Luftkugel überzog Mann, Frau und einen 11 Jahre alten Sohn. Am Fu standen Herr und Frau Thon in heißen Klammern und sind am ganzen Oberkörper schwer verbrannt. Der Sohn erlitt Brandwunden an Bein und Fuß. Der zufällig nach Hause kommende Hauswirt hat die brennenden Leute mit seinem Winterüberzieher umwickelt und so die Klammern entfernt. — Der Bergarbeiter Hermann Fischer aus Oberplanitz wurde von einem Kohlenkumpen an eine Kuppe gebracht, wobei er schwere Kopfverletzungen mit Verlust eines Auges erlitt. Er wurde nach dem Krankenhaus Jutidau gebracht, ist aber deshalb den schweren Verletzungen erlegen. — Wegen sächsischer Verkrümmung ist in Plauen im Vogtlande der 18jährige Arbeiterbursche Kurt Grünert festgenommen in den Tod gegangen. Der junge Mann war schon seit längerer Zeit krank und lag seinen Eltern, die mit vielen Kindern, aber nicht mit Glücksgütern gesegnet waren, zur Last. Aus Gram darüber erkrankte er sich. — Am Sonntag abend wurden in Zeitz s. freischen vom Eisabethellen der geliebte Dillweine gekocht. Wandarmen machten sich mit Pistolen und Katernen sofort auf den Weg, um zu erörtern, was sich ereignet habe. Nach langem Suchen fanden sie hart am Festenende eine in großer Angst befindliche weibliche Person auf, die sich bei der andringenden Dunkelheit verirrt hatte und nicht weiter konnte. Sie wurde mit vieler Mühe gerettet und zu Tal gebracht.

## Stadt-Chronik.

### Streitpostenfischen — eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Gelegentlich des Rauter- und Bauarbeiterstreiks in Plauen l. B. im Juli d. J. fand der Rauter Gruber im Auftrag der Streikleitung an einer Streifenleitung auf Streitposten, um etwaige vorüberkommende Arbeitswütlige in gütlicher Art und Weise zum Anschluß an die Streifen zu bewegen. Er ging bei dieser Gelegenheit langsam auf ab und gab auf die Passanten Esacht. An zwei Tagen, den 12. und 13. Juli, wurde er von mehreren Schuppleuten zur Entfernung angehalten, ohne den Befehlen Folge zu leisten. Auf Grund dieser Veruucher erhielt er eine Anklage wegen Zuwiderhandlung gegen die §§ 173 und 174 der Rauter Straßen-Polizeiverordnung und das Schöffengericht verurteilte ihn zu 10 R. Geldstrafe. Da Gruber sich bei seinem Streitpostenfischen ganz ruhig verhalten haben wollte, legte er gegen seine Verurteilung Berufung ein und später, als auch das Landgericht das Urteil bestätigte, Revision beim Oberlandesgericht in Dresden ein. In der Begründung rügte er die tatsächlichen Feststellungen und bezeugnete sie als unzulässig. Sein Verhalten habe nicht die Veruucher einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit hervorgerufen können. Außerdem liege eine Verletzung der Gemeindeordnung durch die lokalen Bestimmungen vor, die nur vom Oberlandesgericht, im Gegensatz zum Reichsgericht, gebildet werde. Die Freiheit des gewerblichen Straßenverkehrs müsse unter allen Umständen onrecht erhalten werden. Der Straffenamt verwarf die Revision; er halte an seiner wiederholten in ähnlichen Fällen ausgeprochenen Ansicht fest. Die Vorschriften in der Straßenpolizeiverordnung beschäftigten sich mit allgemeinen Anordnungen, die von jedermann befolgt werden müßten. Durch die Ausübung etwaiger Koalitionsrechte dürften keine Ausnahmestimmungen geschaffen werden. (7) Auf Grund der lokalen Verordnungen seien die Schuppleute zum Einhalten berechtigt, sobald eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu befürchten sei und hätten demnach auch dem Gruber das Auf- und Abpatrouillieren verbieten können. Dieses Recht habe der Angeklagte nicht beachtet und sich dadurch eines Verstoßes gegen die Straßenpolizeilichen Bestimmungen schuldig gemacht.

In Sachsen geht also weiter das Recht vor Reichsrecht, und das Oberlandesgericht setzt sich nicht an die Entscheidungen des Reichsgerichts.

### Ist Pflanzenweiß ein „Abfallprodukt“?

In der Therapeutischen Rundschau erschien seinerzeit ein Artikel eines Dr. med. und phil. Hans Lungwitz über die Praxis eines sächsischen Rudelfabrikanten, der sich gegen Dr. Volkmar Klopfer richtete. Dr. Klopfer fabriziert bekanntlich Rudeln und Raskaroni, von denen behauptet wird, daß sie einen höheren als den Durchschnittsnährwert haben. Dieser höhere Nährwert wird dadurch erzielt, daß den Fabrikaten außer dem bereits im Wehl enthaltenen Acker (Eweih) noch extra Acker hinzugefügt wird. Dieser Acker bleibt bei der Fabrikation von Weizenstärke zurück. In dem Artikel Dr. Lungwitz wird nun die Entuicklung der Dr. Klopferischen Fabrik geschildert, wobei der Acker erweist werden soll, als ob Dr. Klopfer minderwertige Abfallprodukte zur Fabrikation seiner Rudeln und Raskaroni verwende. Besonders wurde Dr. Klopfer zum Veruuch gemacht, daß er außer diese einweihhaltige Masse, die bei der Stärkefabrikation übrig blieb, zur Fütterung von Schweinen verkaufte, ehe er sie zur Fabrikation von Rudeln verwandte. Obwohl bei Rundigen, denen die wertvolle Eigenschaft des







Verclammlungen.

Verclammlungen. (Generalbericht.)
Verclammlung am 4. Januar im Saalhaus.
In einem Bericht des Vorsitzenden...

Verclammlung am 11. Januar im Saalhaus.
In einem Bericht des Vorsitzenden...

Verclammlung am 18. Januar im Saalhaus.
In einem Bericht des Vorsitzenden...

Verclammlung am 25. Januar im Saalhaus.
In einem Bericht des Vorsitzenden...

Verclammlung am 1. Februar im Saalhaus.
In einem Bericht des Vorsitzenden...

Verclammlung am 8. Februar im Saalhaus.
In einem Bericht des Vorsitzenden...

Verclammlung am 15. Februar im Saalhaus.
In einem Bericht des Vorsitzenden...

2. Klasse 157. A. S. Landes-Lotterie.

Table with lottery numbers for the 2nd class of the 157th A.S. State Lottery. Includes columns for numbers and their corresponding prizes.

Verclammlungen (continued).

Table with lottery numbers for the 2nd class of the 157th A.S. State Lottery (continued).

Verclammlungen (continued).

Table with lottery numbers for the 2nd class of the 157th A.S. State Lottery (continued).

Victoria-Salon advertisement. Includes text: 'Victoria-Salon. Bille, Malhar, Tänzerin: Grete Sallas. Soubrette: Lara's Billard-Manipulationen...' and a small illustration of a woman.

See-fische Volksnahrung advertisement. Includes text: 'See-fische Volksnahrung! Täglich in feinsten, lebendlichen Ware einfriert...' and a small illustration of a fish.